

Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1187.

und
Glück = Auf.

Berechnet werden
Inserate die dreizehnpaltige Beitzelle oder
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefasse der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

Inhalt: Der 4. deutsche Gewerkschaftskongress. — Die Auswanderung der deutschen Industrie in Folge der Zollpolitik. — Ueber die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1901. — Ueber die Metallarbeiterbewegung in Norwegen. — D. M.-B.: Bekanntmachung des Vorstandes. Korrespondenzen. — Die Lage der Arbeiter in den Spandauer Musterbetrieben. — Wirkung der Krisis im Agitationsbezirk Ostfachsen. — Eine Anschauung über die Alfordarbeit. — Formerkonferenz von Rheinland und Westfalen. — Rundschau. — Aus anderen Berufen und Organisationen.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Metallarbeitern aller Branchen nach **Paris**, da dort ebenfalls große Arbeitslosigkeit herrscht und die zureisenden Metallarbeiter aus Deutschland wegen Unkenntnis der Sprache vielfach zum Lohnbrücker gegen ihre französischen Kollegen gebraucht werden;
 - von Feingoldschlägern nach **Dresden, Leipzig, Nürnberg, R. und Schwabach** (besonders von den Werkstätten M. Wittner, Hunger, Schlüpfinger);
 - von Formern und Eisengieberei-Workern nach **Breslau** (Eisengieberei von Cohnstädt) R.; nach **Bunzlau** (Bunzlauer Eisenwerke, Gießerei von Breitenfeld & Schulz, Gießerei von M. Pröbstel) Lohnreduktion; nach **Freiberg i. S.** (Eisengieberei von Müngner & Schönherr) R.; nach **Großhain** (Webstuhlfabrik); nach **Heidenau** b. Dresden (Kochtrog & Schneider) A.; nach **Oelsnitz** i. Vogtl. (Molldreht & Reiter) A.; nach **Reuscheid** (M. Epies) D.;
 - von Gold- und Silberarbeitern nach **München** (Kosenu) D.;
 - von Klempnern und Emailarbeitern nach **Mühlhausen i. Gf.** (Beierle, Fabr. f. Zinkornament.);
 - von Metallarbeitern aller Branchen nach **Warstein** in Westfalen (Gabriel & Bergenthal) Str.;
 - von Metallrüdern nach **Fürth** (Metallwaarenfabrik Hasselbacher) M.;
 - von Metallschlägern nach **Nürnberg** D.;
 - von optischen Industriearbeitern nach **Rathenow** (Müller);
 - von Schleifern nach **Döbeln** (Thierfelder & Niedel) M.;
 - von Schlossern und Schmieden nach **Mühlhausen i. G.** (Beierle, Fabr. für Zinkornamente, Eisenkonstruktion und Kunstschmiede); nach **Wittenberg** (Eisenwerk Joly);
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Alfordreduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Der 4. deutsche Gewerkschaftskongress.

Arbeit findet der 4. deutsche Gewerkschaftskongress, der seine Tagung am 16. Juni in Stuttgart beginnt, genügend vor. Zunächst eine reichhaltige Tagesordnung und zu verschiedenen Punkten derselben nicht wenig Anträge. Mit diesen Anträgen, soweit sie für uns von größerem Interesse sind, wollen wir uns hier befassen. Viele der Anträge sind, zwar in etwas anderer Form gestellt, alte Bekannte von den vergangenen Gewerkschaftskongressen, was auch nicht wunder nimmt, da auf der Tagesordnung etliche Punkte stehen, mit denen sich frühere Gewerkschaftskongresse auch schon befaßt haben, so die Heimarbeit (Hausindustrie), Stellung der Gewerkschaftskartelle, Arbeitersekretariate usw.

Zur Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses liegen zwei Anträge vor. Die Vorstände der Verbände der Graveure, Bauarbeiter, Böttcher, Formstecher, Handschuhmacher, Maschinisten, Schmiede und Vergolder beantragen als Punkt 5 auf die Tagesordnung zu setzen: „Die Stellung der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden.“ Drei dieser antragstellenden Organisationen gelten als Konkurrenzorganisationen unseres Verbandes: die Graveure, Maschinisten und Schmiede. Was die

Antragsteller als besonderen Punkt auf der Tagesordnung haben wollen, wäre ohne diesen Antrag dem Kongress nicht entgangen, da andere Anträge zu dieser Materie vorliegen. Der Vorstand des Verbandes der Graveure hat weiter noch den Antrag gestellt, den wir hier besonders hervorheben, daß, „um den Zentralorganisationen eine Kontrolle über die Berufskollegen zu geben, die Gewerkschaftsorganisationen verpflichtet sein sollen, die sich zum Eintritt melden, für die eine Zentralorganisation (bzw. Sonderorganisation) besteht, abzulehnen und der zuständigen Zentralorganisation zu überweisen. Das Gleiche gilt auch für die bisherigen Mitglieder.“

Der Zweck dieses Antrages ist klar, er würde eine Stärkung der Sonderbündelei bedeuten, zu der aber hoffentlich der 4. deutsche Gewerkschaftskongress nicht beitragen wird. Unsere Delegierten und die Delegierten der übrigen Industrieverbände stimmen für diesen Antrag sicher nicht.

Einmütig sind hier noch die Anträge auf Aufhebung der Resolution Bussie (Verwaltungsstelle Berlin und München des D. M.-B.), und weiter die Lokal- und Branchenverbände anzuschließen, sich den Industrieverbänden anzuschließen, resp. sich zu solchen zu verschmelzen (Verwaltungsstelle München des D. M.-B.). Diese Anträge sind aus fortschrittlichem gewerkschaftlichem Geist heraus gestellt und sind uns weit sympathischer wie der zünftlerische Antrag des Verbandsvorstandes der Graveure.

Vor einigen Tagen sprach Kollege Maschisch in einer Versammlung der Stuttgarter Metallarbeiter über die Anträge zum Gewerkschaftskongress; er führte zu dem Antrag der Graveure usw. aus:

„Dieser Antrag soll bezwecken, daß seitens des Kongresses ein Beschluß herbeigeführt wird, welcher den Industrieverbänden die Aufnahme solcher Berufsangehöriger verbieten soll, für welche eine Berufszentralisation besteht.“

Zwar würde die Annahme eines solchen Beschlusses an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern, denn es würde dadurch weder erreicht, daß die in den Industrieverbänden organisierten Mitglieder austreten und eifrig den ihnen zudiktirten Berufsverbänden beizutreten, noch würde erreicht werden, daß in die Industrieverbände sich solche Kollegen nicht mehr aufnehmen lassen oder nicht mehr aufgenommen würden.

Die Gründe, die immer seitens der Berufszentralisationen für die Nothwendigkeit der Durchführbarkeit dieses Antrages ins Feld geführt werden, sind so fadenscheinig und reaktionär, welche durch die Erfahrungen der Praxis so oft widerlegt wurden, daß die Begründung dieses Antrages auch diesmal nur in der Wiederholung der alten leeren Redensarten bestehen wird.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Interessen der einzelnen Berufe in den Industrieverbänden ebenso gut gewahrt werden können, als in den Berufszentralisationen; das beweist auch die Thatsache, daß trotz der eifrigsten Agitation der Berufsverbände die Zahl der Mitglieder, die diesen Berufen angehören, für welche Berufsorganisationen bestehen, in den Industrieverbänden von Jahr zu Jahr steigt. Außer dieser Erscheinung zeigt sich noch, daß die Leistungen der Industrieverbände immer höhere wurden, während die Verwaltungskosten sich prozentual verringerten.

Bei der Betrachtung der Mitgliederbewegung derjenigen Berufe im Deutschen Metallarbeiterverband, für welche solche Berufszentralisationen bestehen, ist dies sehr gut zu beobachten.

Der Zentralverein der Formier, welcher sich im Jahre 1901 zu Gunsten des Metallarbeiterverbandes auflöste, zählte 1889 8817 Mitglieder, der Metall-

arbeiterverband 8236 Formier und Berufsgenossen; im Jahre 1900 hatte der Zentralverein der Formier 9153 Mitglieder, der Metallarbeiterverband 8442 solcher Berufsgenossen.

Der Verband der Graveure und Biseleure, der ebenfalls verwandte Berufsgenossen aufnimmt, zählte 1899 1006 Mitglieder, der Metallarbeiterverband, wenn man diejenigen organisierten Berufskollegen hinzurechnet, die der Graveurverband ebenfalls aufnimmt, 1189 Mitglieder, im Jahre 1900 hatten die Graveure usw. 2922 Mitglieder, der Metallarbeiterverband 3906 solcher Berufskollegen organisiert.

Im Zentralverband der Schmiede, der am meisten auf seine Existenznothwendigkeit pocht, waren 1889 3350 Mitglieder und im Metallarbeiterverband 5500 Schmiede und Berufsgenossen organisiert, im Jahre 1900 zählte der Zentralverband der Schmiede 5247 und der Metallarbeiterverband 6486 organisierte Schmiede.

Außerdem zeigt sich, daß die Ausgaben für das Verbandsorgan und die Verwaltungskosten der Berufszentralisationen, trotz der vielfach geringeren Leistungen bedeutend höhere sind als im Industrieverband und trotzdem die Beiträge dieselbe Höhe erreichen, wenn nicht noch mehr betragen.

Für das Verbandsorgan kamen pro Kopf und Mitglied im Metallarbeiterverband im Jahre 1900 78 Pfg., im Formierverband 1,38 Mk., bei den Graveuren usw. pro Kopf 7,63 Mk., bei den Schmieden 1,70 Mk. Dazu ist zu bemerken, daß diese Zeitungen meistens nur vierseitig, also die Qualität und Quantität durch diese Theuerung nicht besser war.

Noch größer ist der Unterschied bei dem Ausgabenpunkt: Verwaltungskosten. Diese betragen pro Kopf jedes Mitgliedes im Jahre 1900

im Metallarbeiterverband	—	Mk 34
Zentral-Verein der Formier	1	13
Graveure und Biseleure	4	45
Zentralverein der Schmiede	—	70

Ähnlich verhält es sich mit den Ausgaben für Agitation.

Sprechen schon diese Ausführungen für die Industrieverbände, so noch mehr die Unannehmlichkeiten und Hindernisse, die durch die Zersplitterung der Kräfte und den fortgesetzten Rivalisierungen, die bei der Agitation, bei Streiks und Differenzen usw. erzeugt werden.

Manch erfolglos mit großen Kostenaufwand verbundener Streit hätte anders verlaufen können, wenn nicht die Uneinigkeit und verschiedenen Ansichten betreffs der Taktik usw. dessen Erfolglosigkeit mit bedingte.

Für die in der Metallindustrie beschäftigten Berufskollegen hat sich gezeigt, daß die Interessen derselben innerhalb des Metallarbeiterverbandes am besten vertreten werden können und werden auch alle eventuell am Gewerkschaftskongress gefaßten Beschlüsse an der ferneren Entwicklung und Ausbreitung des Metallarbeiterverbandes nichts hindern.“

Zur Tagesordnung ist dann noch vom Gewerkschaftskartell Duisburg der Antrag gestellt: „Das System der privaten Pensionskassen auf den industriellen Werken“ als besonderen Punkt zu behandeln und als Referenten Kund- oder Düwelle-Essen zu ernennen. Einer großzügigen Behandlung wäre diese Sache schon werth. In großen Betrieben der Metallindustrie (Krupp, Stumm, Schudert u. s. f.) und in Bergwerksbetrieben bestehen meist sogenannte Wohlfahrts- und Pensions-Zuschußkassen. Diese Kassen sind begründet, um den Arbeiter wirtschaftlich noch abhängiger zu machen, als er das ohnehin schon ist; die Kassen laufen dort, wo häufig Arbeiterentlassungen vorgenommen werden, auf Beutelschneiderei hinaus.

Zunächst müssen die Arbeiter, wie beispielsweise bei Krupp, hohe Eintrittsgelder zu diesen Klassen zahlen und dann sind ständige Beiträge zu leisten, die dem entlassenen Arbeiter auf keinen Fall zurückgezahlt werden; auch dann nicht, wenn der Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen wurde. Bei Krupp wurden auf diese Weise schon Tausende um ihr jauer verdientes Geld gebracht. Summen von mehreren Hundert Mark sind keine Seltenheiten, um die auf diese Weise einzelne Arbeiter kamen. Einen recht umfassenden Antrag hat zu dieser Sache der Vorstand des Bergarbeiterverbandes gestellt (Siehe Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung, Antrag zu Punkt 10), der, wenn durchgeführt, eine gesetzliche Beseitigung dieser Art Arbeiterausbeutung verheißt.

Zu dem Punkt Streikunterstützung und Streikstatistik verlangt ein Antrag des Gewerkschaftskartells für den Blaueschen Grund eine einheitliche Gestaltung des Streikwesens. Wie die Antragsteller sich diese Regelung gedacht haben, ist uns unklar. Wollen sie haben, daß alle Gewerkschaftsorganisationen über Streiks die gleichen Bestimmungen in ihre Statuten aufnehmen sollen, oder sollen alle Organisationen bei Streiks gleiche Unterstützungssätze zahlen? Man wird gut thun, ohne Einsprüche des Gewerkschaftskongresses, nach wie vor die Regelung des Streikwesens den Einzelorganisationen zu überlassen, wenngleich es wünschenswerth erscheint, daß die einzelnen Verbände sich in den statutarischen Bestimmungen über Streiks nach Möglichkeit nähern. Kollege Hohrlack-Stettin beantragt eine tabellarische Wochenübersicht im Correspondenzblatt über die im Gange befindlichen Streiks und Ausperrungen zu geben. Wenn das ginge, so wäre das für alle Beteiligten und Interessenten nur von Nutzen, doch eine große Menge vorerhand gar nicht zu überwindender Schwierigkeiten stehen dieser löblichen Absicht entgegen. Wir wollen hier nur anführen, daß die Hauptvorstände der Gewerkschaftsorganisationen häufig, trotz aller Chicanen, über Verlauf und Gestaltung von Streiks und Ausperrungen nicht auf dem Laufenden erhalten werden, wie sollte es dem Correspondenzblatt möglich sein, sich zu informieren. Sollte aber der Antragsteller nur beabsichtigen, eine Uebersicht über die Zahl der Streiks, die Branche und den Ort zu erhalten, so wird das insofern von wenig Bedeutung sein, weil das Correspondenzblatt im wesentlichen nur den Verwaltungsstellen vorliegenden und Vorliegenden der Gewerkschaftskartelle zugeht.

Mit der beabsichtigten Errichtung eines Reichsarbeitersekretariats haben wir uns schon im Vorjahre befaßt und uns zustimmend geäußert.

Der Antrag Hohrlack, alle wichtigen Gerichts-urtheile aus dem Vereins- und Versammlungsrecht, sowie der gesamten Versicherungsgesetzgebung zu sammeln und im Correspondenzblatt zu veröffentlichen, wäre eher eine Aufgabe für einen der Arbeiterbewegung nahestehenden Juristen, wie für die Generalkommission; denn diese Sammlung wird den großen Massen der Gewerkschaftler wenig oder gar nichts nützen.

Aus der Fülle der Anträge zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschafts-Organisation“ wollen wir nur einige hervorheben. Etwas Unmögliches verlangen die Gewerkschaftskartelle für Kriemhildshaus und den Blaueschen Grund, wenn sie dem Gewerkschaftskongress zumuthen, zu beschließen, die Gewerkschaftskartelle nach Art der Zentralverbände zu zentralisieren und ihnen Sitz und Stimme auf den Gewerkschaftskongressen zu gewähren. Dasselbe bejagen die Anträge der Verwaltungsstelle Erfurt des Tabakarbeiterverbandes und des Gewerkschaftskartells Liegnitz. Wir vermögen nicht zu ersehen, wem eine solche auf Gewerkschaftskongressen zugelassene Vertretung nützen soll; doch nicht etwa den Zentralverbänden?

Zukunftsmuß eines ethisch hoch Veranlagten drückt der Antrag der Zahlstelle Hamburg des Buchbinderverbandes aus, in dem verlangt wird, daß die in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften einen Unterstützungsfonds in Form einer Zuschußklasse auf zentralistischer Grundlage gründen sollen, aus dem die Gewerkschaftsmitglieder bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Sterbefall usw. unterstützt werden sollen.

Ein Antrag unserer Verwaltungsstelle Stettin macht Vorschläge, um die Maifeier imposanter wie bisher zu gestalten. Derartige Anträge werden immer nur auf dem Papier stehen und imposanter wird die Maifeier erst dann, wenn die Gewerkschaften

stark genug sind, ohne Nachteile auch hier ihren Einfluß gebührend zur Geltung zu bringen.

Kollege Driestiel hat den sehr zeitgemäßen Antrag eingebracht, der Gewerkschaftskongress wolle sich mit der Beschränkung des Zuganges zu einigen Gewerben durch Aufstellung von Lehrlingsstellen und verwandte Maßnahmen befassen. (Siehe Nr. 19, 19. Jhrg. der Metallarb.-Ztg.)

Aus den Anträgen haben wir nur die nach unserer Meinung bemerkenswertheiten herausgegriffen. Viele Anträge werden aber erst noch durch die Diskussion auf dem Kongress gezeitigt werden.

Interessante Debatten wird der Punkt: Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung durch das Reich ergeben. Die Ruhe, die bisher in dem Väterwalde der deutschen Arbeiterbewegung — mit Ausnahme einiger wissenschaftlichen Zeitschriften — herrscht, ist in diesem Falle die Ruhe vor dem Sturm, der sich auf dem Gewerkschaftskongress entfalten wird. Wir sind bis heute noch der Meinung, der wir schon seit Jahren Ausdruck gegeben haben bei den verschiedenen Vorschlägen zur einheitlichen Lösung des Problems der Arbeitslosenunterstützung, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sein muß — wenigstens so lange, wie nicht auch die Arbeiterschaft mitbestimmend ist in der Leitung des Staatswesens —, diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegen zu führen. Wir sehen diese Lösung nicht zum letzten darinnen — gleichviel, wie sie erfolgt —, daß bei der Arbeitslosenunterstützung die wirtschaftliche Freiheit des Arbeiters eine Beschränkung nicht erfährt.

Während sonst das Koalitionsrecht der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands die Gewerkschaftskongresse beschäftigt, begnügt der vierte deutsche Gewerkschaftskongress sich damit, das Koalitionsrecht der Eisenbahner einer Besprechung zu unterziehen. Nothwendig ist dies. Macht man doch in Preußen und Sachsen den Eisenbahnern das Koalitionsrecht direkt streitig, während die süddeutschen Bundesstaaten diesbezüglichen Bestrebungen der Eisenbahner, so weit uns bekannt, keinerlei Hindernisse bereiteten.

Manche Frage wird auf dem Gewerkschaftskongress wenn nicht gelöst, so doch geklärt werden, und wir sind sicher, daß die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses eine weitere Etappe auf dem Siegeszuge der deutschen Arbeiterschaft sein werden.

Die Auswanderung der deutschen Industrie in Folge der Zollpolitik.

Was vor etwa zwei Jahrzehnten noch so gut wie unbekannt war, nämlich die Verlegung der Produktion ins Ausland, das hat sich seit 1879, da durch Bismarck die Hochschutzzollpolitik eingeleitet wurde, in ganz bedeutendem Maße aus dem Zwange der Verhältnisse heraus entwickelt. Die Bismarcksche Schutz-zollpolitik war zum Signal für alle anderen Staaten geworden, um auch ihrerseits an den Grenzen Zollschranken aufzurichten und die Verdrängung bzw. Fernhaltung ausländischer Erzeugnisse vom deutschen Markte mit der Fernhaltung deutscher Fabrikate vom ausländischen Markte zu beantworten. Durch diese Wirkungen, die allerdings un schwer voraussehen waren, sind die meisten Exportindustrien in schwierige Verhältnisse gerathen, die mehr oder weniger Schwierigkeiten boten und zum Theil nur vorübergehender, zum andern Theil aber dauernder Art waren.

Neue Exportindustrien nun, welche die neuen Schwierigkeiten nicht zu überwinden vermochten, verfielen auf den Ausweg, im Ausland, wo sie ein erhebliches Absatzgebiet hatten, eigene Produktionsstätten, eigene Fabriken zu errichten, um so die Zollschranken zu umgehen. Dabei konnten sie allerdings ihr ausländisches Absatzgebiet behaupten, es auch noch mehr ausdehnen, aber es ging der deutschen Arbeit verloren. Mit dieser für die deutsche Industrie — natürlich einschließlic der deutschen Arbeit — unangenehmen Seite der ganzen Zollpolitik beschäftigt sich auch die jüngst erschienene beachtenswerthe Schrift von Dr. Morik über die „Eisenindustrie, Zolltarif und Außenhandel“, welche z. B. an der Entwicklungs-geschichte der Firma Arthur Koppel in Berlin und Hochim, welche sich mit der Errichtung von Feldbahnen beschäftigt, zeigt, wie sich das in der Praxis gemacht hat. Diese Firma sah sich zur Ueberwindung der ihr durch die deutsche Schutz-zollpolitik geschaffenen Schwierigkeiten gezwungen, mehr und mehr ausländisches Material zu verwenden und ihre eigenen Fabrikate im Auslande herzustellen und zwar, während in den achtziger Jahren ihr Gesamtumsatz noch ganz aus deutschen Materialien bestand und im Jahre 1890 nur etwa 5-10 Prozent

derselben im Auslande gekauft wurden — es entwickelte sich damals gerade die österreichisch-ungarische Niederlassung (Fabrikfiliale) —, hat seitdem der Einkauf und die Verwendung ausländischen Materials immer gewaltigere Dimensionen angenommen: 1898 30 Proz., 1899: 45 Proz., 1900: 50 Proz., 1901 soweit bis jetzt übersehbar, nahezu 60 Proz. vom Gesamtumsatz der Firma.

Eine ganz ähnliche Entwicklung hat sich in einer Anzahl anderer Branchen der Eisenindustrie vollzogen. Viele große Firmen, welche in ihrem Absatz sich nicht auf Deutschland beschränken konnten, sondern den Export pflegen mußten, waren gleichfalls gezwungen, im Auslande Fabriken zu errichten. Es kommen hier in Frage die landwirtschaftliche Maschinenbranche, die elektrische Industrie, die Drahtindustrie, der Lokomotivbau, die Stahlgießerei, die Armaturenbranche usw. Aber nicht nur die Eisenindustrie, sondern auch andere deutsche Industrien, wie die Textil-, Wäjä-, Papier- usw. Industrie haben zum Schutze ihrer Absatzgebiete in ähnlicher Weise vorgehen müssen.

Es werden dann aus den verschiedenen Industrien 53 Firmen angeführt, welche im Auslande Zweig-geschäfte haben, und zwar aus der Eisenindustrie: Deutsch-österreich. Mannesmannröhrenwerke mit Sitz in Düsseldorf und Aktienkapital von 25 Millionen Mark, Filiale in Komotau in Böhmen; Aktien-gesellschaft für Bergbau und Eisenkonstruktion vormals Hilgers in Rheinbrohl mit 2 1/2 Millionen Mark Aktienkapital, Filiale in Jekaterinoslaw in Südrussland; Sulzdolfschneidmühlwerke in Berlin-Gleiwitz, 20 Millionen Mark, Filiale in Sosnawice in Rußland mit 12 Mill. Mark; Bergk. Königs- und Laurahütte Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Königshütte (Oberschlesien) mit 37 Mill. Mark, Filiale Katharinenhütte bei Sosnawice in Rußland (2 Hochöfen, Walzwerke usw.); Oberschlesische Eisenbahnbedarf-Akt.-Ges. in Friedenshütte (bei Morgenroth in Oberschles.), 23 Mill. Mark, Filiale Eisenwerke in Miłowice mit 1,3 Mill.; Westfälische Drahtwerke Gamm, 11 Mill., Filiale in Riga in Rußland; Maschinen-Industrie: Akt.-Ges. für Feld- und Kleinbahnen-Bedarf vorm. Drenstein u. Koppel in Berlin, 8 Mill., Filiale in Lieben bei Prag, St. Pöörin bei Budapest und Warchau; Allgemein. Gesellschaft für Dieselmotoren Akt.-Ges. in Augsburg, 3,5 Mill., Filiale in New-York, Barleduc in Frankreich und in Stockholm; Armaturen- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Hilpert in Nürnberg, 6,2 Mill., Filialen in Wien und Budapest; Elässische Maschinenbau-Gesellschaft in Mülhausen i. E., 18 Mill., Filiale in Velfort in Frankreich; Felten u. Guilleaume Akt.-Ges. in Wilhelm a. Rh., 30 Mill., Filialen in Wien und Budapest, an letzterem Orte mit 400 Arbeitern; Figner, Eisenkonstruktionswerk und Dampf-kesselfabrik in Laurahütte, Filiale in Sieice in Rußland; Howaldtswerke, Schiffsbau in Kiel, 9 Mill., Filiale in Triume am adriatischen Meer; Akt.-Ges. für Feinmechanik vorm. Treter u. Scherer in Tuttlingen 3,2 Mill., Filiale in Newyork; Gasmotorenfabrik Otto in Deutz 16 Mill., Filialen in Wien, Mailand und Philadelphia; Sächsishe Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann u. Co. in Chemnitz 17 Mill., Filiale in Rußland; Hedderheimer Kupferwerk in Hedderheim 6 Mill., Filiale in St. Petersburg; Hein, Lehmann u. Co. Eisenkonstruktion in Berlin, 2,15 Mill., Filiale in Sieilon in Rußland; Arth. Koppel, Feldbahnen-Fabrik in Berlin, Filialen in Budapest und St. Petersburg; Lokomotivfabrik Kraus u. Cie. Akt.-Ges. in München, 6,8 Mill., Filiale in Linz in Oesterreich; Koblitz, Akt.-Ges. für Drahtseilbahnen in Köln, Filialen in Wien und Brüssel; Kößmann u. Kühnemann, Baukonstruktionen von Weichen- und Signalbau in Berlin, Filiale in Budapest; Elektrotechnische Industrie: Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin 95 Mill., Filialen in Warchau, Stockholm, Paris, Brüssel, Christiania und Wien; Siemens u. Halske in Berlin 84 Mill., Filialen in Mailand u. St. Petersburg; Elektrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Schudert u. Cie. in Nürnberg 42 Mill., Filialen in St. Petersburg, Dreil (Frankreich), Wien und Budapest; Elektrizitäts-Akt.-Ges. vormals Lohmeyer u. Cie. in Frankfurt a. M. 14 Mill., Filialen in Skien in Norwegen; Union, Elektrizitäts-A.-G. in Berlin 34 Mill., Filialen in St. Petersburg und Wien; Akkumulatorenwerke Oberpreuss in Berlin 3 Mill., Filialen in Riga, Paris und

Turin; Akkumulatorenwerke System Pollack in Frankfurt a. M., Filiale in Liesing bei Wien und Nancy in Frankreich; Textilindustrie: Dollfuß, Weg u. Cie., Akt.-Ges. (Spinnerei usw.) in Mülhausen i. E. 10 Mill., Filiale in Belfort; Gütermann u. Cie., Nähseidenfabrik in Waldkirch-Gutach (Baden), Filiale in Perog in Italien; Internationale Seilfabriken in Mannheim 1,2 Mill., Filialen in Genua und Odessa; Otto Müller u. Cie., Mechanische Weberei in Görlitz, Filialen in Ebersdorf und Seidenberg in Böhmen; Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Bremen 16,5 Mill., Filiale in Neudorf in Böhmen; Kammgarnspinnerei vorm. Schwarz u. Cie. in Mülhausen i. E. 4 Mill., Filiale in Waldrin bei Belfort; Vereinigte Filzfabriken in Giengen (Württemberg) 4 Mill., Filiale in Brünn; Wollwarenfabrik Merkur in Riegnitz 1,1 Mill., Filiale in Warschau; Chemische Industrie: Eugen Dietrich, chemische Fabrik in Helsenberg in Sachsen, Filiale in Wien und New York; Akt.-Ges. für Anilinfabrikation vorm. Bayre u. Cie. in Elberfeld 20 Mill., Filialen in Moskau und Clerf bei Roubaix in Frankreich; Farbwerk Mülheim vorm. Leonhardt u. Cie. in Mülheim a. M. 2,1 Mill., Fil. in Lyon; Farbwerke vorm. Meister, Sugijs u. Brüning in Höchst 17 Mill., Fil. in Moskau und Creil (Frankreich); Anglo Kontinentale vorm. Ohlendorffsche Guanowerke in Hamburg 16 Mill., Fil. in Burcht bei Antwerpen; Asbest- und Gummitwerke A.-G. in Hamburg 4 1/2 Mill., Filialen in Wien und Turin; Kontinental Kautschuk- und Guttapercha-Kompagnie in Hannover 2,4 Mill., Filialen in Wien und Lüttich; Sächsisch-Böhmische Gummiwarenfabrik A.-G. in Dresden, Filiale in Bünauburg (Böhmen); Verschiedene Industrien: Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Siemens in Dresden 9 Mill., Filiale in Nejat bei Elbogen in Böhmen; Kulinz, Schamottefabrik in Saarau, Filiale in Halbstadt in Böhmen; Alsenische Portland-Zementfabriken in Hamburg 8 Mill., Filialen in Nazareth und Westcamp am Hudson in Nordamerika; Simon Söhne, Lederfabrik in Kirna-Nabe, Filiale in Rokhau in Böhmen; Gustobis Akt.-Ges. für Schornstein- und Dienbau in Düsseldorf 1,6 Mill., Filialen in Budapest, Marfelle, Trilleberg (Schweden) und Solorojansk (Rußland); Zellstofffabrik Waldhof bei Mannheim 9 Mill., Filiale in Bernau (Rußland).

Diese lange Liste von deutschen Unternehmungen mit Filialfabriken im Ausland ist noch lange nicht erschöpfend; es sei z. B. hingewiesen auf die Bogtländische Maschinenfabrik in Plauen, die eine Filiale bei St. Gallen in der Schweiz hat, ferner darauf, daß verschiedene deutsche Bankunternehmungen ebenfalls Filialgeschäfte im Ausland haben, aber unter anderem Namen. In die gleiche Kategorie gehören jene zahlreichen Aktienunternehmungen aller Art und in allen Ländern, die ausschließlich oder hauptsächlich mit deutschen Kapitalien gegründet wurden und betrieben werden und von deren Umfang man sich ungefähr eine Vorstellung machen kann, wenn man weiß, daß viele Milliarden, wahrscheinlich mehr als 20 Milliarden, in denselben angelegt sind.

Man nennt dies auch die Auswanderung oder die Flucht des einheimischen Kapitals ins Ausland und die Sandlanger des Kapitals wissen dafür gelegentlich alle möglichen und unmöglichen Gründe anzuführen, so die Bedrohung der Sicherheit des Kapitals durch die immer mehr erstarkende Sozialdemokratie, die Verminderung der Kapitalrendite durch die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter, die „Beunruhigung der Industrie“ durch Lohn- und Streikbewegungen, die Belastung der Industrie durch die soziale Gesetzgebung und die Steuererhöhungen usw. Die Unwahrheit aller dieser demagogischen Redensarten wird auf den ersten Blick ins Ausland klar, da sich die obenangeführten sogenannten „Unannehmlichkeiten“ und „Lasten“ für das Kapital auch hier finden. Steuern müssen überall gezahlt werden, Sozialdemokratie, Lohn- und Streikbewegungen gibt es ebenfalls überall und nicht minder Arbeiterkämpfe.

Was seit 10 und mehr Jahren das deutsche Kapital, insbesondere die deutsche Industrie, ins Ausland getrieben hat, das waren die unverhältnismäßig hohen Zollschränken, für deren Aufrechterhaltung beziehungsweise Erhöhung heute ja sogar die Industrie, wenigstens die kartellierte und syndizierte, die in dem berüchtigten Zentralverein deutscher Industrieller organisierte Industrie selbst eintritt. Und eine solche Zollpolitik, welche der deutschen Arbeit den Nährboden abgräbt, nennen dann die Zolljama-

tiker „Schutz der nationalen Arbeit!“ Welche sprachliche Falschmünzerei, welcher Betrug am deutschen Volke unter diesem Schlagworte verübt wird, haben wir vorstehend gezeigt. Und darum erheben wir in Vertretung der deutschen Arbeit gegen die Verräter der deutschen Arbeit aufs Neue den Ruf: Nieder mit dem agrarischen und industriellen Wuchertarif!

Ueber die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1901

handelt Paul Umbreit in Nr. 22 des Correspondenzblattes der Generalkommission. Es ist das erste Mal, daß eine solche überblickliche Arbeit auf diesem Gebiete gegeben werden kann. An der von der Generalkommission aufgenommenen Statistik beteiligten sich von 353 Kartellen 319, d. i. 90 Proz. aller bestehenden Gewerkschaftskartelle. Da wir nicht in der Lage sind, die umfangreichen statistischen Tabellen zum Abdruck zu bringen, müssen sich unsere Leser mit einem kurz gedrängten Auszug begnügen, den wir hiermit geben wollen.

Die Unterhaltungskosten der Kartelle und die Mittel für die von Kartellen geschaffenen Institutionen werden meist durch Erhebung fester Beiträge gedeckt. Nur neun Kartelle begnügen sich mit freiwilligen Beiträgen und sieben Kartelle decken die Ausgaben durch Umlageverfahren. Die Höhe der regelmäßigen Beiträge pro Kopf der Gewerkschaftsmitglieder und per Jahr ist sehr verschieden, was sich ohne weiteres aus den verschiedenen gesteckten Zielen und gestellten Aufgaben der Kartelle erklärt. Die Kartellbeiträge schwanken zwischen 10 Pf. und 120 Mk. pro Mitglied und pro Jahr. Da wo die Beiträge 80 Pf. pro Jahr übersteigen, werden die Unterhaltungskosten von Arbeitersekretariaten aus den Kartellbeiträgen bestritten. Umbreit warnt dringend die Kartelle, Aufgaben lösen zu wollen, und Geldmittel dafür aufzubringen, die nicht im engsten Sinne die Kartelle angehen. Insbesondere wendet er sich gegen die Verwendung von Mitteln aus der Kartellkasse zu Streiks und Aussperrungen.

In den 319 Kartellen sind 3995 Organisationen vertreten. 61 Kartelle umfassen nur bis zu 5 Organisationen, während die Berliner Gewerkschaftsorganisation 70, die Kartelle zu München 60, Dresden 58, Nürnberg 57, Hamburg 53, Breslau 45, Bremen 45, Stuttgart 42, Halle 41, Solingen 41 und Frankfurt a. M. 40 Organisationen umfassen. Die 319 Kartelle vertreten 481,718 Gewerkschaftsmitglieder. Einen Zugang an Mitglieder hatten im Jahre 1901 117 Kartelle, einen Mitgliederabgang verzeichneten 108 Kartelle. 12 Kartelle zählten unter 100 Mitglieder, während 5 Kartelle 10,000 bis 25,000 Mitglieder und 2 Kartelle über 25,000 Mitglieder zählten. (Berlin 71,327 und Hamburg 31,409.) Mehr als die Hälfte aller kartellierten Gewerkschaftsmitglieder ist in Kartellen mit über 5000 Mitgliedern vereinigt. Von den 319 Kartellen stehen in 169 328 Gewerkschaftsfilialen außerhalb des Kartells. Umbreit bemerkt dazu: „Liegt die Ursache der Absonderung an dem Verhalten des Kartells gegenüber Sonderorganisationen, so ist zu erwägen, daß das Kartell seine Kräfte aus zentralisierten Organisationen zieht und nicht die Interessen von sich gegenwärtig bekämpfenden Organisationen vertreten kann. Dies trifft vor allem zu, wo Mitgliedschaften der Sondergewerkschaft der Duldung zur Vertretung im Kartell zugelassen sind. Liegt die Ursache in dem Verhalten des Kartells bei Streiks, so wird den außenstehenden Gewerkschaften durch trübe Innehaltung der vom Frankfurter Gewerkschafts-Kongreß beschlossenen Leitsätze jeder berechtigte Anlaß zum Fernbleiben vom Kartell genommen. Liegt die Ursache endlich an der Erhebung zu hoher Beiträge oder an der Gründung kostspieliger Einrichtungen, so suche man durch Ausdehnung der nicht zu den engeren Kartellaufgaben zählenden Budgetpositionen und durch ökonomische Verwaltung die Beiträge in erträglichen Grenzen zu halten und kostspielige Einrichtungen nicht eher durchzuführen, als bis allseitiges Einverständnis darüber erzielt ist; einen Ausweg bietet ja außerdem die Erhebung gesonderter Beiträge für diese Einrichtungen. Wo die Schuld allein die Gleichgültigkeit der außenstehenden Gewerkschaft trifft, da ist oft der Weg der Beschwerde an deren Zentralvorstand nicht ohne Nutzen beschritten worden. Der Verband der Maschinisten und Heizer hat daraufhin seine Ortsvereine statutarisch verpflichtet, den Kartellen beizutreten. Nebenfalls bedarf es ebenso der Solidarität aller örtlichen Gewerkschaften, als der vernünftigen Abgrenzung der Pflichten und Rechte im Kartell, um ein gedeihliches Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesem für alle Zeit zu gewährleisten.“

Die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle sind recht vielfältige. Freilich sind gar viele Kartelle, die nichts oder nur wenig leisten. So wurden von 105 Kartellen die Arbeiter im Jahre 1901 nicht ein einziges Mal zur Erörterung allgemeiner wirtschaftlicher Fragen zusammenberufen, dabei stand das Jahr 1901 unter dem drückendsten Einfluß der Krise. Eine doch so nötige Agitation unter den Arbeiterinnen wurde von der bedeutenden Mehrheit der Kartelle überhaupt noch nicht entfaltet.

Von den 319 Kartellen haben nur 104 Beschwerdekommissionen eingesetzt für den Verkehr mit der Fabrikinspektion; und weibliche Vertrauenspersonen sind gar nur von 15 Kartellen eingesetzt. Parbeiterkassenkommissionen bestehen bei 130 Kartellen. Fürsorge für Auskunfts-erteilung in sozialwirtschaftlichen, gewerblichen Fragen usw. und Rechtsbeistand ist von 117 Kartellen getroffen. Arbeitersekretariate unterstehen 22 den Kartellen, und 69 Kartelle verfügen über Rechtsbeistand oder Auskunfts-bureaus, ferner verfügen 7 Kartelle über eigene Gewerkschaftsbureaus. An jeder Einrichtung für Auskunfts-erteilung und Rechtsbeistand fehlt es somit in 202 Kartellen. Gemeinsame Gewerkschaftsblättern haben 117 Kartelle eingerichtet und 11 Kartelle verfügen über Lesezimmer. Zentralarbeitsnachweise haben 12 Kartelle eingerichtet. Den Fremdenverkehr geregelt — durch Schaffung von Zentralberatern, von denen sich 6 in eigener

Regie befinden — haben 115 Kartelle. 55 Kartelle sind theils finanziell, theils durch thätiges Mitwirken an gemeinnützigen Einrichtungen beteiligt. So 9 Kartelle an öffentlichen Leihbibliotheken; 22 Kartelle an der Abhaltung von Kurien und Hochschulvorträgen; 29 Kartelle an der Veranstaltung von Volksvorstellungen und Volkskonzerten; 3 Kartelle an öffentlichen Badeanstalten und Wärmehallen; 3 Kartelle an Milch- und Ferienkolonien; 15 Kartelle an Weihnachtsbescherungen und anderen gemeinnützigen Einrichtungen und Veranstaltungen. Diese Anteilnahme läßt erkennen, daß der wirtschaftliche Kampf auch die ideale Wirksamkeit nicht hindert.

Die 311 Kartelle, die über Einnahme und Ausgabe berichteten, hatten eine Gesamteinnahme von 294,189 Mark, davon 104,080 Mk. aus festen Beiträgen. Daneben wurden noch durch Sammlungen für Streiks von 199 Kartellen 214,104 Mk. vereinnahmt. Hierbei ist zu beachten, daß diese Gesamteinnahmen nicht in allen Fällen die für die Erhaltung der Arbeitersekretariate aufzubringenden Mittel umfassen; diese sind nur dort eingerechnet, wo ein einheitlicher Beitrag für Kartell und Sekretariat erhoben wird. Außerdem sind in einer Reihe von Städten durch Vermittelung der Kartelle ziemlich bedeutende Fonds für die Errichtung von Saalbauten und Gewerkschaftshäusern gesammelt worden, die ebenfalls in diesen Einnahmen nicht bezeichnet sind. Immerhin gewährt diese Zusammenstellung schon ein deutliches Bild des finanziellen Standes der Kartelle. An Gesamtausgaben sind von 310 Kartellen (ausschließlich) Streikunterstützung aus Sammlungen) 208,349 Mk. verzeichnet.

Eine Uebersicht über Kartelle anderer Gewerkschaftsverbände (S.-D., Gewerbevereine und christliche Gewerkschaften) übergehen wir.

Diese erste Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle hat sicherlich noch an manchem Mangel zu leiden und doch muß konstatiert werden, daß dieser erste Versuch ein durchaus erfreuliches Resultat gezeitigt hat. Eines wird nach dieser Statistik sofort in die Erscheinung treten: die Kartelle, die bisher wenig oder nichts leisteten, werden begreifen lernen, daß Fragen, die anderwärts von Kartellen mit Erfolg gelöst wurden, von ihnen gleichfalls gelöst werden können. Somit wird diese Statistik zur Förderung der Gewerkschaften ein gut Theil beitragen.

Ueber die Metallarbeiterbewegung in Norwegen.

Von Erik Brunte.

Die norwegische Arbeiterbewegung überhaupt hat erst in den letzten Jahren einen bemerkenswerthen Aufschwung genommen. Die unbedeutende Industrie, die freibetrieblichen Anschauungen eines großen Theiles des Bürgertums in Bezug auf politische Dinge und schließlich nicht am wenigsten der konserverbare Wollcharakter selbst, haben es mit sich gebracht, daß die Arbeiterklasse recht schwer und erst allmählich zum Bewußtsein ihrer inneren Zusammengehörigkeit kommen konnte. Aber mit dem Vordringen des Kapitalismus wächst auch das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Die rücksichtslosen Ausbeutungsgelüste der Ersteren zwingen die Letzteren auf Mittel und Wege zu finden, erpressen sich gegen die Ausbeutung möglichst zu schützen, zweitens aber auch den Kapitalismus einen möglichst großen Antheil der eigenen Arbeit abzutreiben.

In Norwegen ist die Agitation unter den Arbeitern vornehmlich von sozialdemokratischer Seite geleitet worden. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die im Jahre 1887 gegründet wurde, bestand und besteht heute noch zum überwiegenden Theil aus gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter. Die Gewerkschaften sind die materiellen Träger der sozialdemokratischen Bewegung und so ist es natürlich, daß eine recht intime Eintheiligkeit der Bewegung sich herausbilden mußte, die in einer Hinsicht nur von Nutzen sein konnte, aber anderntheils für die gewerkschaftliche Bewegung den Keim zu politischen Zwistigkeiten in sich trug. Ein liberaler Gewerkschaftsbund wurde die Frucht dieses Verhältnisses, aber eine allzu einschneidende Bedeutung in dem gewerkschaftlichen Leben der norwegischen Arbeiter hat dieser nicht erlangen können.

Für die Metallarbeiterbewegung in Norwegen bedeutete das Jahr 1891 den Anfang einer neuen Epoche. Der dritte allgemeine skandinavische Arbeiterkongreß, der im August 1890 in Christiania abgehalten wurde, hatte eine Resolution angenommen, wonach als nächstes Ziel die Errichtung skandinavischer Fachverbände der verschiedenen Gewerke angestrebt werden sollte. In Dänemark und Schweden hatten die Metallarbeiter schon Zentralverbände errichtet. Die organisierten Metallarbeiter in Christiania beriefen nun zum selben Zweck einen Kongreß ein, der April 1891 in Christiania stattfand. Die auf dem allgemeinen Arbeiterkongreß 1890 anwesenden Repräsentanten der dänischen und schwedischen Bruderorganisationen waren in einer Massenversammlung für eine Verwirklichung des Beschlusses des allgemeinen Arbeiterkongresses warm eingetreten. Man war jedoch im Klaren darüber, daß zunächst ein Zentralverband der Metallarbeiter Norwegens in Angriff zu nehmen sei, bevor man an eine einheitliche skandinavische Metallarbeiterbewegung denken konnte. Die betreffende Versammlung gab auch dem Fachverein der Maschinenbauarbeiter den Auftrag, die einleitenden Vorbereitungen hierzu vorzunehmen.

In einer späteren Massenversammlung wurde eine Kommission gewählt, die einen Statutenentwurf auszuarbeiten und einer späteren Versammlung vorlegen sollte. Diese Versammlung fand am 28. Februar 1891 statt. Hier wurde der definitive Beschluß gefaßt, einen Zentralverband der Eisen- und Metallarbeiter Norwegens zu gründen und vier Fachvereine traten demselben sofort bei, die Maschinenbau-, Plattenarbeiter-, Form- und Schmiede. Auf dem im April nun stattgefundenen Kongresse wurde dieser Beschluß sanktioniert und ein Hauptvorstand gewählt. Auf dem am 28. März in Odense, Dänemark, abgehaltenen internationalen Metallarbeiterkongreß hatte der Verband sich vertreten lassen. Im Uebrigen führte er ein recht schwaches Leben. Eine schon im November desselben Jahres abgehaltene Generalversammlung beschloß, eine lebhaftere

Agitation zu beginnen. Zu dem skandinavischen Arbeiterkongress in Malmö 1892 sandte man ebenfalls einen Vertreter. Im September 1892 hielt der Verband die dritte Generalversammlung ab, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beizutreten. Eine Resolution, die die Errichtung von Arbeitsnachweisen empfahl, wurde angenommen; es blieb aber bei der Resolution. Der Verbandsbeitrag betrug 12 Dore pro Mitglied und Quartal. Trotzdem hatten mehrere Fachvereine, an die man sich mit der Aufforderung gewandt hatte, sich dem Verbands anzuschließen, geantwortet, daß sie sich die hiermit verbundenen Lasten nicht auferlegen könnten.

In diesem Jahre hatte der Verband auch gewissermaßen seine Feuerprobe zu bestehen, indem ein schwerer Formerkonflikt in einem größeren Betrieb ausbrach. Von der Verwaltung wurde der Versuch gemacht, die Löhne um 20 Proz. zu reduzieren. Der Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstande der Organisation nach achtwöchentlicher Arbeitsniederlegung und kostete dieser erste Konflikt dem Verbands 5398,88 Kronen.

Am 24. September 1893 hielt der Verband seine vierte Generalversammlung ab. Diesmal hatten sechs Zweigvereine Delegierte geschickt. Auch hier wurden eine Reihe Beschlüsse gefaßt, die jedoch nicht zur Ausführung gelangen konnten auf Grund der schlechten Lage der Organisation, die aber immerhin theilweise von dem prinzipiellen Stellung des Verbandes zeugen. So z. B. die aufgestellte Forderung, daß Staat und Kommune ihre Arbeiten selbst — ohne Zwischenhände — auszuführen hätten, die Forderung des Achtstundentages usw. Auch die Errichtung eines Streikfonds wurde in Erwägung gezogen, zu dem jedes Mitglied während einer begrenzten Zeit des Jahres mit 15 Dore pro Woche beitragen sollte. Zur Ausführung gelangte dieser Gedanke jedoch nicht.

Die sechste Generalversammlung, die 1895 abgehalten wurde, brachte ebenfalls eine Reihe Prinzipienausführungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Errichtung von Arbeitsnachweisen, Arbeitsbörsen, Errichtung einer Arbeitslosenunterstützungskasse, eines Fachorgans usw. Sie forderte außerdem den Anschluß der Werkstätten-Krankenkassen an den Verband.

1896 mußte der Verband nochmals in einen schweren Konflikt treten, der 400 Mann umfaßte und 9 Wochen dauerte. Es handelte sich um die Entfernung eines brutalen Werkführers. Der Konflikt wurde durch ein Schiedsgericht beigelegt, aber — mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Kosten betragen 12.282,49 Kronen. Für die Organisation hatte dieser Streik jedoch die größte Bedeutung. Die Mitglieder waren zu der Einsicht gekommen, daß eine bessere finanzielle Grundlage für die Organisation absolut notwendig wäre. Auf der 7. Generalversammlung — 19. bis 21. September 1896 — ging man auch an die Lösung dieses Problems heran. Der Verbandsbeitrag wurde von 12 Dore pro Mitglied und Quartal auf 12 Dore pro Mitglied und Woche erhöht. Von diesen sollten 10 Dore pro Woche dem Streikfonds zugeführt werden. Ein vom Hauptvorstande ausgearbeiteter Entwurf zu einer Arbeitslosenunterstützung wurde angenommen und sollte in Angriff genommen werden, sobald als die Zweigvereine ihre Beiträge bezugsfähig erhöht hatten. Die Haltung der Zweigvereine nach der Generalversammlung brachte jedoch den Beschluß zum Scheitern.

Das Fachorgan, das ebenfalls von der 6. Generalversammlung beschlossen, trat mit dem 1. Januar 1897 ins Leben. Aber die Erhöhung des Beitrages hatte zunächst die unheilvolle Wirkung, daß fast sämtliche Zweigvereine außerhalb Christiania auf Grund der Beitragserhöhung ihren Austritt aus dem Verbands anzeigten. Dies war ein schwerer Stoß und das Jahr so günstige Resultat der 7. Generalversammlung verlief durch die schlechte Haltung der Mitglieder außerhalb der Hauptstadt im Sande.

Unter solchen Verhältnissen trat die 8. Generalversammlung 1897 zusammen, die ja weiter nichts vornehmen konnte, als die mißliche Lage zu konstatieren. Eine umfangreiche Agitation wurde beschlossen und auch in dem darauf folgenden Jahre betrieben, jedoch mit geringem Erfolge. Im Herbst 1898 sah es recht traurig aus. Neun Zweigvereine waren nur zurückgeblieben, und die Mitgliederzahl war am 1. September 1898 auf 474 zurückgegangen. Am 1. April 1897 hatte der Verband 1024 Mitglieder gezählt. Folgende Tabelle gibt über die Mitgliederbewegung und Einnahmen des Verbandes bis 1898 Auskunft. Am 1. Juli 1891 zählte der Verband 463 Mitglieder.

	Mitgliederbestand	Einnahmen in Kronen
1. Januar 1892	322	215,66
1893	356	276,25
1894	462	345,17
1895	352	256,02
1896	489	516,28
1897	817	656,81
1. Septbr. 1898	474	794,96

Vom 1. Juli 1897 kommt der erhöhte Beitrag zum Streikfonds in Betracht. Dem zuvor war man bei Streiks und Konflikten auf freiwillige Beiträge angewiesen. Der Streikfond war 1893 bei der Generalversammlung auf 1342,92 Kronen angewachsen. Die kleine Mitgliederzahl, die 1898 zurückgeblieben war, bildete jedoch die Kerntruppe, die dazu beitragen sein sollte, den Verband glücklicheren Tagen entgegen zu führen. 1898 war das relativ ungünstigste Jahr des norddeutschen Metallarbeiter-Verbands; die Reaktion hatte ihre Höhe erreicht, aber der Grund dieser Reaktion, die erhöhten Beiträge, die die finanzielle Grundlage bilden sollten, erwies sich doch unwirker als die Reaktion selbst. Von 1898 an haben der Verband einen Aufschwung, den man kaum hätte ahnen können.

Die Generalversammlung im September 1898 beschloß außer dem 10 Dore-Beitrag zum Streikfond einen Verwaltungsbeitrag von 5 Dore pro Mitglied und Woche zu er-

heben. Außerdem sollte jedes Mitglied einen einmaligen Agitationsbeitrag in der Höhe eines halben Tageslohnes leisten. Gleichzeitig beschloß man den Anschluß des Verbandes an die noch ins Leben zu rufende Landesorganisation der norddeutschen Gewerkschaften, falls dieselbe nur gewerkschaftlich werden würde. Auf dieser Generalversammlung wurde M. Ormestad zum Vertrauensmann gewählt, der seitdem diesen Posten mit vielem Geschick geführt hat. Von April 1899 an wurde er als ganzbezahlter Geschäftsführer angestellt mit einem Gehalt von 30 Kronen pro Woche.

Von jetzt an verbesserte sich von Tag zu Tag die Lage der Organisation. Eine sehr umfangreiche Agitation wurde über das ganze Land in Szene gesetzt und zwar mit gutem Erfolg. Das Fachorgan hat auch hierbei gute Dienste geleistet. Eine endlose Reihe Lohnbewegungen usw. sind geführt worden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind erheblich verbessert worden fast überall, wo die Organisation seitens Fuß gefaßt. Die Mitgliederzahl war am 1. Oktober 1900 2000 in 23 Zweigvereinen, und seitdem sind keine weiteren Rückschläge eingetreten. Die Zahl der in Betracht kommenden organisationsfähigen Metallarbeiter in Norwegen beträgt zirka 6000. Der Beitrag, der in den Zweigvereinen erhoben wird, beläuft sich auf 30 Dore pro Mitglied und Woche.

Der uns vorliegende Bericht des Genossen M. Ormestad, der eine kurze Skizze über die Geschichte der Metallarbeiterbewegung in Norwegen gibt, schließt mit dem 1. Oktober 1900. Rückschlüsse sind, wie wir schon angedeutet, nicht eingetreten, wenn auch in Norwegen gegenwärtig wirtschaftlicher Niedergang herrscht. Die Organisation steht nach jeder Richtung lebensfähig und kräftig da und steht unter den norddeutschen Gewerkschaften in erster Reihe. Allerdings hat sie noch ein großes Feld mühsamer Arbeit vor sich, zu deren glücklicher Ueberwindung wir von ganzem Herzen Erfolg wünschen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten diene hiermit zur Kenntniß, daß seitens des Vorstandes eine neue Agitations-Schrift herausgegeben worden ist und sehen wir eventuellen Bestellungen derselben entgegen.

Zu Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrages gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntniß gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dessau eine monatliche Extrasteuer von 5 Pfennig pro Mitglied.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Jwoßen eine monatliche Extrasteuer von 10 Pfennig pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verbands wird nach § 3 Abs. 7 a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin:
der Schlosser Otto Wittner, geb. am 12. März 1884 zu Berlin, B.-Nr. 470,422,
der Schlosser Franz Gama, geb. am 13. Sept. 1870 zu Wien, B.-Nr. 195,679,
der Schlosser Karl Meyer, geb. am 2. August 1859 zu Schwedel, B.-Nr. 469,382,
der Schlosser Wilh. Barlow, geb. am 3. Febr. 1882 zu Eberswalde, B.-Nr. 470,429,
der Schlosser Karl Schwachenwalde, geboren am 8. Oktober 1870 zu Landsberg, B.-Nr. 469,360,
der Schlosser Karl Schuhmacher, geb. am 24. Jan. 1875 zu Aspenhagen, B.-Nr. 469,364,
der Schlosser Raimund Rischling, geb. am 6. Juni 1879 zu Bantisch, B.-Nr. 469,372,
der Schlosser Georg Theil, geb. am 8. Juli 1879 zu Merzdorf, B.-Nr. 470,418,
der Dreher Heinrich Bruane, geb. am 12. Okt. 1840 zu Hörde, B.-Nr. 469,381,
der Schmied Stanislaus Dominiski, geb. am 17. Okt. 1874 zu Breichen, B.-Nr. 469,370,
der Hilfsarbeiter Gustav Henning, geb. am 18. Aug. 1871 zu Gransee, B.-Nr. 469,382,
jämmtliche wegen Streikbruch;
der Gürtler Julius Breitenbach, geb. am 17. Okt. 1880 zu Berlin, B.-Nr. 373,318,
der Gürtler Fritz Schuppe, geb. am 8. Januar 1879 zu Berlin, B.-Nr. 370,477, beide wegen Streikbruch;
der Gürtler Oswald Fischer, geb. am 3. Jan. 1869 zu Kottbus, B.-Nr. 22,014,
der Gürtler Karl Sanke, geb. am 21. März 1883 zu Berlin, B.-Nr. 470,771, ebenfalls wegen Streikbruch.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:
der Monteur Emil Kuhlmann, geb. am 21. Sept. 1849 zu Altona, B.-Nr. 237,508,
der Monteur Franz Norbrock, geb. am 10. Juli 1873 zu Springbünen, B.-Nr. 294,238,
der Hilfsarbeiter August Heitmann, geboren am 30. November 1875 zu Neebohn, B.-Nr. 457,870,
der Hilfsarbeiter Karl Lutz, geb. am 12. Jan. 1878 zu Ober-Gemien, B.-Nr. 389,567, wegen unkollegialen Verhalten.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Mannheim:
der Bauhilfsschloßer Jakob Weimer, geb. am 13. Mai 1872 zu Kaffig, B.-Nr. 297,743, wegen verschiedener unkollegialer Manipulationen.

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Leynhausen:
der Schlosser Christoph Thäter, geb. am 16. Dez. 1882 zu Schüpp, B.-Nr. 407,320, wegen Schwindelei.

Wegen je betreffender Anträge auf Anschluß aus dem bezw. Nichtwiederaufnahme in den Verband wird hierdurch den nachstehend bezeichneten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Anschluß be-

gründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Bekanntmachung dieses hin sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt:
Dem früheren Unterkassierer Richard Würzburg der Verwaltungsstelle in Harburg, Sektion der Kleinpner, Veruntreuung von Verbandsgeldern.

Die Mitglieder August Rudies, geb. am 2. Aug. 1870 zu Werbenberg, B.-Nr. 436,362, Benedikt Buchbach, geb. am 28. März 1876 zu Birrisborn, B.-Nr. 436,369, Robert Kienast, geb. am 8. Okt. 1881 zu Danzig, B.-Nr. 436,391, werden ersucht, über die von der Verwaltungsstelle in Stodum entnommenen Marken abzurechnen, widrigenfalls ihr Anschluß aus dem Verband erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an
Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 10 b
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Metallarbeiter.

Darmstadt. Die Arbeiterentlassungen nach Eintritt der Krise waren hier nicht zahlreich, was davon zeugt, daß die Darmstädter Metallindustrie von der Krise nicht allzu hart betroffen wurde. Trotzdem veräuerten die Fabrikanten nicht, sich der unzufriedenen Elemente zu entledigen, konnten sie doch eine passendere Zeit — ohne eine allgemeine Erregung der Metallarbeiter befürchten zu müssen — gar nicht finden. Man beliebe dieses Vorgehen selbst dort, wo schon lange Zeit Ueberstunden gemacht werden. Ueber Mangel an Aufträgen konnten die Fabrikanten zwar nicht klagen, und doch wurden Lohnreduktionen in umfangreicher Maße vorgenommen. Das wurde selbst den anspruchslosen und nur zu gefügigen Messerschmieden der Firma Göhrig u. Leuch zu bunt. Die Messerschmiede besagter Firma erklärten vor ca. 6 Wochen, nicht mehr weiter arbeiten zu können, nachdem ihnen bereits im vor. Jahre die Arbeitszeit von 10 auf 8 Stunden verkürzt worden war, ohne natürlich eine entsprechende Lohnreduktion einzutreten zu lassen. Den älteren Leuten wird gesagt, es sei Arbeitsmangel und jüngere, ... unter bezahlte Kräfte werden eingestellt und müssen Ueberstunden machen. Von anderen Werkstätten ließe sich ähnliches berichten. In allen Betrieben ließe die sanitäre Einrichtungen zu wünschen übrig, soweit solche überhaupt vorhanden sind. Durch Werkstättenversammlungen soll es gelingen, diesen traurigen Zuständen erfolgreich zu Leibe zu gehen, dazu bedürfen wir aber der Mitarbeit aller klugen klaffenbewußter Metallarbeiter. Kollegen, an die Arbeit!

Essen. An die Redaktion der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung. Bezugnehmend auf den uns anbetreffenden Artikel in der Nr. 21 erlauben wir auf Grund des § 11 des Reichspräsidenten auf Aufnahme folgender Verächtigung. 1) Es ist unwar, daß es im Ortsverein Essen I der Maschinenbau- und Metallarbeiter verboten ist über Kruppische Mißstände zu sprechen, sondern es werden die Mitglieder in jeder Versammlung ersucht, solches vorzubringen oder aber ihrem Ausschuss Kenntniß zu geben. 2) Es ist unwar, daß in unserem Ortsverein niemals einem Referenten das Wort entzogen worden ist, weil er Kruppische Mißstände jreite, ja sogar aus der Versammlung ausgewiesen worden sei. Der Ausschuss des Ortsvereins I der Maschinenbau- und Metallarbeiter Essen-Kuh.

Stuttgart. Am 24. Mai fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Massarich über „Anträge zum Gewerkschaftskongress“ sprach. Zu Punkt 5 der Tagesordnung ist seitens einer Reihe Berufsorganisationen, wie der Schmiede, Graveure und Eiselenwe, Zeiger und Maschinenisten usw. der Antrag gestellt worden, die „Stellung der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden“. (Wir geben die vorzüglichen Ausführungen des Kollegen Massarich im Leitartikel wieder. Die Red.) In der Diskussion sprach noch Gewerkschaftssekretär Näther über eine Reihe anderer Anträge zum Kongress, besonders zu den seitens der Metallarbeiter gestellten, welche nicht immer die glücklichsten sind. So z. B. der Antrag Rohrlad betreffs der zu gründenden Provinzial-Agitationskommissionen mag ja ganz gut gemeint sein, wird aber, wenn er durchführbar sein sollte, nicht das Resultat erzielen, das sich Rohrlad davon erhofft. So ist es ebenfalls mit dem Antrag zu einer staatlichen Streikbehörde, welche allwöchentlich in dem Korrespondenzblatt veröffentlicht werden soll. Derselbe wird nicht zu Stande kommen, da die gewünschten Berichte nicht in der notwendigen Weise eingehen werden. Ebenfalls der Antrag der Verwaltung München, welcher einen Beschluß herbeigeführt wissen will, daß die Lokal- und Branchen-Zentralverbände angewiesen werden sollen, sich den Industrieverbänden anzuschließen oder sich zu verschmelzen, wird erstens nicht angenommen werden und zweitens würden diese Verbände auf Kommando sich nicht verschmelzen. So eine Umgestaltung könne nur die Entwicklung der Verhältnisse allein vollbringen, und wird dies dann geschehen ohne irgend welchen Zwang. Der einzige durchführbare und nützliche Antrag in dieser Beziehung ist der die Aufhebung der Resolution Wuffe betreffende, welcher durch seine Annahme Veranlassung zu etwaigen weiteren Mißverständnissen ausschließt.

Schweiz. Wegen fortwährenden Lohnreduktionen und Maßregelung von Gewerkschaftsmitgliedern ist die Metallwaarenfabrik Egloff & Cie. in Turig für Metallarbeiter jeder Branche gesperrt. Die Firma sucht ihre Arbeiter alle im Ausland, deshalb werden speziell die deutschen Kollegen vor Arbeitsaufnahme in diesen Geschäfte gewarnt.

Zinngießer.

Kürnberg. Samstag, den 7. Juni, fand im „Wilhelm Zell“, Kanalstraße, eine allgemeine Zinngießerversamm-

lung statt, die sich mit den Mischständen in der Metallwarenfabrik von W. Scherf u. Comp. befaßte. Die Firma war durch den Portier vertreten. Die Scherf'schen Arbeiter waren fast alle erschienen. Der Referent führte aus, daß die heutige Versammlung herbeigeführt ist durch die Maßnahmen, die Herr Scherf in den letzten Tagen in der Gießerei getroffen hat. Die Gießer arbeiten täglich nur 6 Stunden, nur die Lehrlinge und zwei Zuträger, die Herrn Scherf alles hinterbringen, was in der Gießerei gesprochen wird, dürfen 10 Stunden arbeiten. Ein Gießer ist sofort entlassen worden, einem Anderen wurde gekündigt. Von letzterem wird wahrscheinlich noch eine Klage am Verwaltungsgericht anhängig gemacht werden wegen der Nachzahlung des Lohnes für 4 Stunden pro Tag während der Kündigungsfrist. Herr Scherf stellte auch ein großes „Reinmachen“ in Aussicht, das heißt, weitere Entlassung von Arbeitern, d. h. wenn er Erfolg bekommt. Die Ortsverwaltung der Zinggießer hat nun Herrn Scherf den Vorschlag gemacht, die Leute wenigstens 8 Stunden pro Tag arbeiten zu lassen; ferner einen Hilfsarbeiter, der in der Gießerei angelernt wird, bei seiner früheren Arbeit zu beschäftigen, sowie einen Gießer, der im Maschinenbau beschäftigt ist, in der Bläserei zu beschäftigen; für letztere Sparte sucht Herr Scherf einen Arbeiter. Auf diese Weise wäre es möglich gewesen, die Gießer voll zu beschäftigen. Herr Scherf stellte in Aussicht, eventuell die Vorschläge zu berücksichtigen, er gab selbst zu, daß die Leute mit diesem geringen Lohn nicht leben können. Als jedoch zwei Tage später eine Kommission nachfragte, ob die Vorschläge berücksichtigt würden, wurde sie von Herrn Scherf in schroffer Weise abgewiesen. Er sagte, die Arbeiter sollten doch einmal zeigen, daß sie einig sind, denn Einigkeit macht doch stark. Wir haben Gründe, anzunehmen, daß das Vorgehen gegen die Gießer weniger wegen Arbeitsmangel, sondern mehr aus Eitelkeit geschieht. Die Fabrik ist ein junges Unternehmen und Herr Scherf hätte alle Ursache, sich einen Stamm von älteren Arbeitern zu ziehen; statt dessen treibt und heßt er die Leute fortwährend hintereinander. Daß unter diesen Umständen das Geschäft am meisten zu leiden hat, müßte Herr Scherf doch einsehen. Es würden sich auch die Arbeiter länger bei ihm halten, denn bis jetzt war die Fabrik der reinste Leutenbeschlag. Viele sind hierher gekommen und haben geglaubt, sich hier eine sichere Existenz gründen zu können, sie sind aber alle bitter enttäuscht worden. Ganz unhaltbar sind die Verhältnisse mit den Lehrlingen in der Gießerei. Es ist traurig, wenn Herr Scherf alle Klatschereien von den Lehrlingen entgegennimmt. Es ist den Gießern verboten, den Lehrlingen etwas zu zeigen; die „Ausbildung“ besorgt Herr Scherf als Kaufmann selbst. Den Jungen werden häufig zu schwere Formen gegeben, die Arbeit ist mit großen Gefahren verbunden. Kommt ein Arbeiter auch nur ein paar Minuten zu spät, so wird gleich eine Viertelrunde abgezogen. Mehrere Kollegen schilderten die Vorkommnisse in der Fabrik: Mißhandlung eines Lehrlings durch den Meister, ebenso Beleidigungen von erwachsenen Arbeitern durch die Meister. Der Vorsitzende der Graveure bemerkte, daß bei der vorjährigen Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit die Firma Scherf erst nach wiederholten Höflichkeit ihm eine ganz grobe Antwort zukommen ließ. Eine Lohnstatistik der Graveure stellt fest, daß die Firma Scherf die niedrigsten Löhne zahlt. Der Vertreter der Firma erbat sich mehrere Male das Wort, um Erklärungen abzugeben. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute den 7. Juni tagende allgemeine Zinggießer-Versammlung verurteilt auf das Entschiedenste das Vorgehen des Herrn Scherf den Arbeitern gegenüber und erwartet, daß in Zukunft die Behandlungsweise eine humanere wird. Sie wünscht, daß die Spitzelei, die nur Unfrieden unter den Arbeitern hervorruft, aufhören möge, denn ein gedeihliches Zusammenwirken ist nur durch Einigkeit unter den Arbeitern, ganz gleich welcher Sparte, zu erzielen und möchte sich auch dies die Firma W. Scherf u. Comp. zu Herzen nehmen.“

Wir erwarten, daß die Kollegen von Auswärts die Firma Scherf solange meiden, bis geordnete Zustände dort eingetreten sind.

Die Lage der Arbeiter in den Spandauer „Musterbetrieben“.

Der Bericht der Reichsregierung an den Reichstag über die verschiedenen von der Heeresverwaltung geleiteten Betriebe enthält unter Anderen auch Mitteilungen über die Spandauer staatlichen „Musterbetriebe“. Der gesammte Bericht umfaßt 327 Seiten.

Darnach sind Arbeiter beschäftigt	männliche	weibliche
in der Munitionsfabrik Spandau	827	2560
„ „ Gewehrfabrik „	860	10
„ „ Artilleriemerkstatt „	1512	2
„ „ Geschützgießerei „	1697	—
„ „ Pulverfabrik „	728	—
in Feuerwerkslaboratorium „	2082	214
Zusammen	7706	2786

Auf Seite 56 und weiter läßt sich der Bericht über die Grundzüge aus, die maßgebend sind bei Einstellung von Arbeitern. Im Allgemeinen sind es dieselben wie in der Privatindustrie. Nur daß hier, wie das ja auch nicht anders zu erwarten, diejenigen, die beim Militär gedient haben, einen besonderen Vorzug erfahren. Ueber den sogenannten „Arbeiterstamm“, der gewiß nicht ohne Absicht kultiviert wird, heißt es:

1) Bei jeder Behörde besteht ein Arbeiterstamm. Seine dauernde Beschäftigung wird durch alljährliche Ueberweisung eines Mindestmaßes von Arbeit gesichert. 2) Ueber den Umfang der Arbeiterstämme gibt die Anlage VII Auskunft. Nach 25jähriger vorwurfsfreier Dienstzeit werden einmalige Lohn erhöhungen gewährt. Es erhalten: 1) nicht etatsmäßige Meister, Techniker, Konstrukteure, Zeichner,

Revisoren 120 Mk. 2) Meistergehilfen, Schreiber, Vorarbeiter, Kolonnenführer, Aufseher, Aufseherinnen 100 Mk. 3) nicht etatsmäßige Wärter, Boten, Wächter, Arbeiter und Arbeiterinnen 80 Mk. Nach längerer vorwurfsfreier Dienstzeit kann als allerhöchste Anerkennung das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen werden. (1) —

Besonders zuverlässige Arbeiter in Magazinen, in der Material- und Fabrikverwaltungen, im Sicherheitsdienst und im Bürodienst, Arbeiter, welche Arbeiten widerlicher Natur verrichten):

in den ersten 2 Jahren . . . 3 Mk. 60 Pfg.
nach 2 „ . . . 8 „ 70 „
„ 4 „ . . . 8 „ 80 „
„ 6 „ . . . 8 „ 90 „
„ 8 „ . . . 4 „ — „

Lohnklasse V (Handlanger):

in den ersten 2 Jahren . . . 3 Mk. — Pfg.
nach 2 „ . . . 8 „ 20 „
„ 4 „ . . . 8 „ 40 „
„ 6 „ . . . 8 „ 50 „
„ 8 „ . . . 3 „ 60 „

Lohnklasse VI (Arbeiter unter 20 Jahren):

im 15. Lebensjahr . . . 1 Mk. — Pfg.
„ 16. „ . . . 1 „ 25 „
„ 17. „ . . . 1 „ 50 „
„ 18. „ . . . 2 „ — „
„ 19. „ . . . 2 „ 40 „
„ 20. „ . . . 2 „ 80 „

Lohnklasse VII (Lehrlinge):

im 1. Halbjahr . . . — Mk. 25 Pfg.
2. „ . . . — „ 50 „
über 2 Jahre . . . — „ 75 „
„ 3 „ . . . 1 „ — „
„ 4 „ . . . 1 „ 50 „

Der Verdienst der Arbeiterinnen ist folgendermaßen festgesetzt:

1. für Stücklohnarbeiterinnen: Normallohn pro Tag 2 Mk. 20 Pfg.
2. für Zeitlohnarbeiterinnen:

a) Aufseherinnen, Telephonistinnen und Arbeiterinnen an Schreibmaschinen

in den ersten 2 Jahren . . . 2 Mk. 40 Pfg.
nach 2 „ . . . 2 „ 50 „
„ 4 „ . . . 2 „ 60 „
„ 6 „ . . . 2 „ 70 „
„ 8 „ . . . 2 „ 80 „

b) Gewöhnliche Arbeiterinnen

in den ersten 2 Jahren . . . 1 Mk. 90 Pfg.
nach 2 „ . . . 2 „ — „
„ 4 „ . . . 2 „ 10 „
„ 6 „ . . . 2 „ 20 „

Es haben im Durchschnitt verdient bei 10stündiger Arbeitszeit*):

Infanteristische Betriebe.

Von 2275 Lohnarbeitern:

166 Mann . . . 6 Mk. 47 Pfg.
37 „ . . . 5 „ 07 „
425 „ . . . 6 „ 52 „
73 „ . . . 5 „ 39 „
567 „ . . . 4 „ 84 „
312 „ . . . 4 „ 92 „
480 „ . . . 4 „ 39 „
215 „ . . . 4 „ 45 „

Die Zeitlohnarbeiter werden bezahlt wie folgt:

Lohnklasse I (hierzu gehören Maschinenflosser 1. Kl., Werkzeugeninsteller 1. Kl., Mechaniker 1. Kl., Graveure 1. Kl., Dreher 1. Kl., Laufschreiber, Schirmmeister 1. Kl., Modellschreiner, auf Heizerjahren ausgebildete Vorarbeiter, Vorarbeiter für die Arbeiter zur Instandhaltung und Bedienung elektrischer Anlagen, Lithographen und Buchdrucker 1. Kl.):

in den ersten 2 Jahren . . . 5 Mk. 50 Pfg.
nach 2 „ . . . 5 „ 70 „
„ 4 „ . . . 5 „ 90 „
„ 6 „ . . . 6 „ 10 „
„ 8 „ . . . 6 „ 30 „
„ 10 „ . . . 6 „ 50 „

Lohnklasse II (hierzu gehören Maschinenflosser 2. Kl., Mechaniker 2. Kl., Dreher 2. Kl., Schirmmeister 2. Kl., Werkzeugeninsteller 2. Kl., Graveure 2. Kl., Waffentheileflicker, Waffentheilzusammensetzer, Visirregulierer, Formner und Gelgießer, Härter 1. Kl., Lötter 1. Kl., Klempner 1. Kl., Polierer und Schleifer, Fischer 1. Kl., Schäftler, ferner Arbeiter 1. Kl. zur Instandhaltung und Bedienung der elektrischen Anlagen, Sattler 1. Kl., Weizer und Brunnener 1. Kl., Glüher 1. Kl., Maurer 1. Kl., Anstreicher 1. Kl., Kesselheizer, Maschinisten, besonders zuverlässige Betriebschreiber, Aufsichts- und Betriebsrevisoren, Buchdrucker 2. Kl.):

in den ersten 2 Jahren . . . 4 Mk. 50 Pfg.
nach 2 „ . . . 4 „ 70 „
„ 4 „ . . . 4 „ 90 „
„ 6 „ . . . 5 „ 10 „
„ 8 „ . . . 5 „ 30 „
„ 10 „ . . . 5 „ 50 „

Lohnklasse III (hierzu gehören: Härter 2. Kl., Lötter 2. Kl., Klempner 2. Kl., Schmiede 2. Kl., Gewehrschneidfräser 1. Kl., sonstige Betriebsarbeiter, Tischler 2. Kl., Zimmerleute, Arbeiter 2. Kl. zur Instandhaltung und Bedienung elektrischer Anlagen, Sattler 2. Kl., Weizer und Brunnener 2. Kl., Glüher 2. Kl., Maurer 2. Kl., Anstreicher 2. Kl., Arbeiter 1. Kl. in der Delgasanstalt, Arbeiter 1. Kl. in der Kläranlage, Maschinisten und Kesselheizer, Kesselreiniger und Ausschläder, Arbeiter im Chemischen Laboratorium, Buchbinder, Drucker an Handpressen, Betriebschreiber, Weidrahtzieher und Fleischmelzer, Brühler, Aushilfs- und Betriebsrevisoren 2. Kl.):

in den ersten 2 Jahren . . . 4 Mk. — Pfg.
nach 2 „ . . . 4 „ 10 „
„ 4 „ . . . 4 „ 20 „
„ 6 „ . . . 4 „ 30 „
„ 8 „ . . . 4 „ 40 „
„ 10 „ . . . 4 „ 50 „

Lohnklasse IV (Aushilfs- und Betriebsrevisoren 3. Kl., Gewehrschneidfräser 2. Kl., sonstige Betriebsarbeiter 2. Kl., Gärtner, Bademänner, Vorarbeiter für die gewöhnlichen Tagelöhner, Arbeiter 2. Kl. in der Delgasanstalt, Arbeiter 2. Kl. in der Kläranlage, Wellenschleifer, Kohlentarter,

besonders zuverlässige Arbeiter in Magazinen, in der Material- und Fabrikverwaltungen, im Sicherheitsdienst und im Bürodienst, Arbeiter, welche Arbeiten widerlicher Natur verrichten):

in den ersten 2 Jahren . . . 3 Mk. 60 Pfg.
nach 2 „ . . . 8 „ 70 „
„ 4 „ . . . 8 „ 80 „
„ 6 „ . . . 8 „ 90 „
„ 8 „ . . . 4 „ — „

Lohnklasse V (Handlanger):

in den ersten 2 Jahren . . . 3 Mk. — Pfg.
nach 2 „ . . . 8 „ 20 „
„ 4 „ . . . 8 „ 40 „
„ 6 „ . . . 8 „ 50 „
„ 8 „ . . . 3 „ 60 „

Lohnklasse VI (Arbeiter unter 20 Jahren):

im 15. Lebensjahr . . . 1 Mk. — Pfg.
„ 16. „ . . . 1 „ 25 „
„ 17. „ . . . 1 „ 50 „
„ 18. „ . . . 2 „ — „
„ 19. „ . . . 2 „ 40 „
„ 20. „ . . . 2 „ 80 „

Lohnklasse VII (Lehrlinge):

im 1. Halbjahr . . . — Mk. 25 Pfg.
2. „ . . . — „ 50 „
über 2 Jahre . . . — „ 75 „
„ 3 „ . . . 1 „ — „
„ 4 „ . . . 1 „ 50 „

Der Verdienst der Arbeiterinnen ist folgendermaßen festgesetzt:

1. für Stücklohnarbeiterinnen: Normallohn pro Tag 2 Mk. 20 Pfg.
2. für Zeitlohnarbeiterinnen:

a) Aufseherinnen, Telephonistinnen und Arbeiterinnen an Schreibmaschinen

in den ersten 2 Jahren . . . 2 Mk. 40 Pfg.
nach 2 „ . . . 2 „ 50 „
„ 4 „ . . . 2 „ 60 „
„ 6 „ . . . 2 „ 70 „
„ 8 „ . . . 2 „ 80 „

b) Gewöhnliche Arbeiterinnen

in den ersten 2 Jahren . . . 1 Mk. 90 Pfg.
nach 2 „ . . . 2 „ — „
„ 4 „ . . . 2 „ 10 „
„ 6 „ . . . 2 „ 20 „

Es haben im Durchschnitt verdient bei 10stündiger Arbeitszeit*):

Infanteristische Betriebe.

Von 2275 Lohnarbeitern:

166 Mann . . . 6 Mk. 47 Pfg.
37 „ . . . 5 „ 07 „
425 „ . . . 6 „ 52 „
73 „ . . . 5 „ 39 „
567 „ . . . 4 „ 84 „
312 „ . . . 4 „ 92 „
480 „ . . . 4 „ 39 „
215 „ . . . 4 „ 45 „

Weibliche Arbeitskräfte

57 Personen . . . 2 Mk. 70 Pfg.
794 „ . . . 2 „ 26 „

Zeitlohnarbeiter: bei 10stündiger Arbeitszeit:

Von 1143 männlichen Arbeitern:

56 pro Tag . . . 6 Mk. 35 Pfg.
131 „ . . . 5 „ 99 „
88 „ . . . 5 „ 32 „
174 „ . . . 5 „ 06 „
38 „ . . . 4 „ 52 „
93 „ . . . 4 „ 15 „
19 „ . . . 3 „ 92 „
121 „ . . . 3 „ 88 „
8 „ . . . 3 „ 44 „
308 „ . . . 3 „ 28 „
40 „ . . . 3 „ 20 „
55 „ . . . — „ 70 „
19 „ . . . — „ — „

Arbeiterinnen:

von 1731 Personen

119 pro Tag . . . 2 Mk. 43 Pfg.
1603 „ . . . 1 „ 96 „
9 „ . . . 1 „ 91 „

Artilleristische Betriebe.

Stücklohnarbeiter:

von 6891 Mann

845 pro Tag . . . 6 Mk. 58 Pfg.
52 „ . . . 5 „ 77 „
1841 „ . . . 5 „ 60 „
115 „ . . . 5 „ 04 „
3425 „ . . . 4 „ 92 „
320 „ . . . 4 „ 41 „
268 „ . . . 4 „ 15 „
25 „ . . . 3 „ 78 „

Stücklohnarbeiterinnen. 200 Personen, pro Tag 2 Mk. 49 Pfg.

Zeitlohnarbeiter. a. männliche: von 2864 Personen haben

254 pro Tag . . . 5 Mk. 95 Pfg.
79 „ . . . 5 „ 86 „
19 „ . . . 5 „ 35 „
208 „ . . . 4 „ 91 „
60 „ . . . 4 „ 47 „
394 „ . . . 4 „ 14 „

b. weibliche: von 103 Personen haben

1 pro Tag . . . 1 Mk. 80 Pfg.
3 „ . . . 2 „ 45 „
4 „ . . . 2 „ 19 „
13 „ . . . 2 „ 34 „
73 „ . . . 1 „ 52 „
9 „ . . . 2 „ — „

* Die Zahlen in Bezug auf die Durchschnittsverdienste beziehen sich (auch in dem Bericht an den Reichstag ist das Material so zusammengestellt) auf die gesammten Betriebe der Heeresverwaltung.

In den Artillerie-Depots sind insgesammt 1834 Mann im Zeitlohn beschäftigt. Diese verdienen im Durchschnitt pro Tag 2 Mk. 71 Pfg. Außerdem 1742 Arbeiterinnen bei einem Verdienst von durchschnittlich pro Tag 1 Mk. 49 Pfg. Im Zeitlohn wird hier nicht gearbeitet. Die übrigen Depots kommen weniger in Betracht, weil hier verhältnismäßig wenig Leute beschäftigt werden.

Aus obigen Zusammenstellungen geht hervor, daß nur sehr wenige Arbeiter zu den ersten Lohnklassen gehören. Die weitens meisten befinden sich in den mittleren und niederen Klassen. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß die höchsten Sätze in den einzelnen Klassen erst nach acht, zum Theil sogar erst nach zehnjähriger Thätigkeit erreicht werden, dann kann man wirklich nicht sagen, daß die Löhne in den Musterwerkstätten auch nur entfernt Anspruch darauf hätten, musterhaft zu sein.

Ueber die Wohlfahrts-Einrichtungen weiß der Bericht auch ein Breites und Langes zu erzählen. Was aber da alles als Wohlfahrts-Einrichtung bezeichnet wird, übersteigt wohl alles bisher dagewesene. Das Einfachste und Selbstverständlichsie, das, was sogar gesetzlich vorgeschrieben ist, wird unter Wohlfahrts-Einrichtung geführt. Man höre nur: Ankleideräume für Arbeiterinnen, Räume für Fahrräder, Kleiderchränke, Wascheinrichtungen, Bierauschänke, Kantine, Bedürfnisanstalten, Latrinen, Pissoirs u. s. w. Daß Aborte vorhanden sind, wo die Arbeiter ihre Nothdurft verrichten können, wird als eine Wohlfahrts-Einrichtung bezeichnet. Man muß wirklich taunnen über die väterliche Fürsorge der Geeresverwaltung. Vielleicht könnte bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß sich in den Spandauer Betrieben Aborte befinden, die, weil ohne Wasserpflung, ein Dummelplatz für Motten sind, sodaß es gefährlich ist, diese Klosets zu benutzen. Auch im Uebrigen sind die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen durchaus nicht derartig, daß man sie der Privatindustrie als nachahmenswerth empfehlen könnte, im Gegenheil: die Privatindustrie hat zum Theil das, was in Spandau an Wohlfahrts-Einrichtungen existirt, bereits überholt, sodaß man auch in Bezug auf diesen Theil der Staatsbetriebe nicht von Musterhaftigkeit reden kann.

Was nun die sonstigen Verhältnisse betrifft: Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten, so trifft auch hier zum großen Theil zu, was man auch anderswo zu beobachten Gelegenheit hat, das heißt: Nach Oben biegen, nach unten „schneidig“!

Doch komme ich hierauf in einem späteren Artikel zurück. Der größte Theil dessen, was nach der Richtung hin die Spandauer Arbeiter auszufallen haben, ist ja in einer Reihe öffentlicher Metallarbeiter-Versammlungen in Spandau bereits gesagt.

Soviel kann man heute schon mit Zug und Recht behaupten: auf Kosten gebietet sind die Spandauer Arbeiter nicht. Das wird auch nicht besser durch den bloßen Besuch der Versammlungen. Etwas mehr muß es nun schon sein. Die Kollegen müssen schon den Muth haben, sich der Organisation anzuschließen und mit Hilfe der Organisation Alles das fordern, was an nothwendigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefordert werden muß. Dann können vielleicht einmal die Staatsbetriebe „Musterwerkstätten“ werden. Heute sind sie es nicht.

Wirkung der Krisis im Agitationsbezirk Ostfalen.

Bei Beginn des wirtschaftlichen Niederganges war sich das Agitationskomitee klar, daß es sofort eingreifen mußte, wenn dem Verband nicht Mitglieder verloren gehen sollten. In allen Verwaltungen wurden Versammlungen abgehalten oder Flugblätter vertheilt, in denen die Kollegen über die Ursachen und Wirkungen der Krisis aufgeklärt wurden. Daß es unserer Agitation zum Theil mit gelungen ist, den Mitgliederbestand zu erhalten, ja noch um ein Geringes zu erhöhen, zeigt nachfolgende Zusammenstellung vom 1. Januar 1901 und vom 1. Januar 1902; rechnet man die in Wausen übergetretenen 22 Formner ab, so ergibt sich noch eine Zunahme von 33 Mitgliedern.

Verwaltung	Mitgliederbestand am		Arbeitslos gemeldet vom 1. Janr. 1901 bis 1. Janr. 1902	Tage
	1. Janr. 1901	1. Janr. 1902		
Wangen	60	112	5	125
Döbeln	142	152	10	292
Ebersbach	87	66	4	118
Freiberg	47	47	12	175
Großenhain	40	68	3	35
Großschönau	93	93	4	68
Oschatz	32	31	—	—
Weitzen	193	221	49	1190
Neugersdorf	156	125	21	847
Neustadt	68	51	—	—
Niederjesditz u. Pirna	349	337	65	1457
Radeberg	41	45	1	49
Rittau	74	94	5	173
	1382	1447	179	4524

Ist es uns gelungen, den Mitgliederstand zu halten, so fanden wir aber der Wirkung der Krisis auf die Mitglieder selbst größtentheils nachlos gegenüber. Schon in den Versammlungen und Flugblättern bereiteten wir die Kollegen vor, daß für sie die Hauptfolgen des wirtschaftlichen Niederganges kurze Arbeitszeiten, Arbeitslosigkeit und Reduzierung der Löhne sein werden, und daß wir recht, leider zu recht hatten, beweist nachfolgendes Ergebnis einer Umfrage. In der Tabelle, die die arbeitslosen Verbandskollegen zeigt, sind nur die angeführt, die Ortsamerterung verneinten. Es fehlen die Kollegen, die auf die Karte gingen, die vielen Kollegen, die noch nicht unterstützungsberechtig

* 22 Formner übergetreten

sind, und bei der Dauer der Arbeitslosigkeit ist die Zeit nicht angeführt, die die Kollegen über 7 Wochen arbeitslos waren. Wenn im Nachstehenden noch die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht gezogen werden, die schon während des sogenannten wirtschaftlichen Aufschwungs in den meisten Verwaltungen bestanden, so wird uns die erschreckende Wirkung der Krisis erst recht klar.

In Wausen sind die Löhne von 5—43 Prozent gekürzt worden, und zwar in der Waggonfabrik im Spritzenbau um 43 Prozent, bei den Formern um 6 Prozent. In der Maschinenfabrik vorm. Gontes u. Schulze bei den Formern im Akkordlohn um 17 Prozent, im Wochenlohn um 10 Prozent. Vorstelligwerden durfte nichts.

Ebersbach. Die Löhne sind viermal reduziert worden. Die Arbeitszeit wurde um 3—4 Stunden gekürzt. Die Arbeiter wurden mit theilweisem Erfolg vorstellig.

Döbeln. Lohnreduktionen traten nicht ein. Die Arbeitszeit wurde um 2 Stunden verkürzt.

Freiberg. Es fanden Lohnkürzungen statt bei Mägen und Schönerr bis 50 Prozent, bei Reinhaas bei den Gussputzern bis 60 Prozent. Die Arbeit ruhte theilweise Wochen und Tage, d. h. eine Partie Arbeiter mußte aussetzen, die Anderen arbeiteten von früh 8 bis Nachm. 4 Uhr. Ohne Erfolg vorstellig geworden.

Großenhain. Die Löhne wurden gekürzt in Gintersch'schen Fabrik und Hammerwerk bis zu 25 Prozent, Behreuther's Gießerei 20 Prozent, Webstuhlfabrik 60 Prozent. Die Arbeitszeit wurde um 3 Stunden gekürzt.

Großschönau. Weber u. Bischoff wollten pro Schlag 1 1/2 Pfg. abziehen, nach Vorstelligwerden wurde nur 1/2 Pfg. abgezogen.

Neuzen. Im Jakobswerk ist der Stundenlohn um 2 bis 5 Pfg., der Akkordlohn bis 50 Prozent reduziert worden. Von 70 Formern blieben noch 20 in Arbeit; diese mußten Anfangs der Woche 1—2 Tage aussetzen. Die übrigen Arbeiter arbeiteten von 8—4 Uhr. In der Nähmaschinenfabrik von Piejold u. Locke, wo ganz besonders wenig Lohn bezahlt wird, ist die Arbeitszeit bedeutend verkürzt worden.

Neugersdorf. Die Löhne wurden reduziert bei G. A. Roscher, Webstuhlfabrik, bis 40 Prozent, bei G. Thiele wurden mehrere Male Reduktionen vorgenommen. Bei Roscher wurden bei 9stündiger Arbeitszeit Feiertagslöhnen eingelegt. Die Arbeiter wurden ohne Erfolg vorstellig.

Neustadt i. S. Hier sind weder Löhne noch Arbeitszeit verkürzt worden. Es kommt dies daher, daß da ganz eigenartige Arbeitsverhältnisse herrschen, die wir später in einem besonderen Artikel behandeln werden.

Niederjesditz. Bei der Firma Kummer u. Komp. ist die Arbeiterzahl von 900 auf 100 und bei Welle u. Hildebrandt von 600 auf 150 gesunken. Die Löhne sind um 10—40 Prozent reduziert worden. Die Arbeitszeit war ganz verschieden. Bei Kummer ein halbes Jahr lang pro Woche 43 Stunden. Ein Theil mußte Wochen lang aussetzen, ein anderer arbeitete die Woche bloß 3 Tage und wieder ein Theil mußte Ueberstunden und Sonntagsarbeit leisten. Bei Rosstroh u. Schneider wurde täglich 7 Stunden gearbeitet. Ein Abwehrstreik wurde — weil vollständig aussichtslos — vermieden. Vorstelligwerden war erfolglos.

Pirna. In der Maschinenfabrik Gebr. Rein wurden die Löhne von 10—20 Prozent und im Emailwerk von 10—33 Prozent reduziert. Die Arbeitszeit wurde verkürzt von 10 auf 8 Stunden bei Rein und von 9 1/2 auf 6 Stunden im Emailwerk.

Radeberg. Im Eschbach'schen Werk wurden die Löhne bis 10 Prozent reduziert und die Arbeitszeit theilweise ganz bedeutend verkürzt.

Oschatz. Die Löhne sind 5—15 Prozent reduziert worden.

Rittau. In der Fahrradfabrik fanden Lohnreduktionen bis 10 Prozent statt.

Was zeigt uns das Ergebnis? Auf der ganzen Linie Arbeitszeiterkürzung, Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen. Alles das wäre, wenigstens in dem Maße, nicht möglich gewesen, wenn die Organisationsverhältnisse bessere gewesen wären. Mögen das die Arbeiter einsehen und mit allen Kräften dazu beitragen, den Verband zu stärken. Wenn dann eine gute Organisation vorhanden ist, sind wir in der Lage, den hoffentlich bald folgenden wirtschaftlichen Aufschwung auszunützen und dem Unternehmern das wieder abzugewinnen, was es uns jetzt genommen hat. Wir sind aber dann auch im Stande, einer später folgenden Krisis erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Eine Anschauung über die Akkordarbeit.

In den Nummern 14 und 15 unserer Zeitung polemiziren die Kollegen K. K. und D. E. gegen meinen Artikel mit der gleichen Ueberschrift in Nr. 11. Vorerst beschreiben beide Kollegen die unheilvollen Folgen der Akkordarbeit. Nun war dies nicht, vielleicht aber gut aufmerksam. Der Kollege D. E. schreibt, daß Akkord doch Akkord ist. Ich habe das auch gar nicht bestritten. Derselben Folgen haben wir auch beim Ueberstundenwesen, das den Lohn bedeutend mehr drückt als Akkord und bei dem man viel mehr durch die Finger sieht als beim Akkord. Für mich ist die Akkordarbeit lange nicht so schlimm wie Ueberstunden. Denn bei wirklich kurzer Arbeitszeit, ob mit, ob ohne Akkord, werden die Löhne in die Höhe gehen, wenigstens nicht so tief gehen, als dort, wo eine längere Arbeitszeit besteht oder Ueberstunden Regel sind; dort wird der Lohn niemals eine normale Höhe erreichen.

Die beiden Kollegen ireten dann für Lohnstarke ein. Meine Meinung ist, daß dazu schon eine sehr gute Organisation an allen Orten gehört, daß wir aber früher schon an einzelnen Orten Akkordarbeit durchdrücken konnten, um uns vor dem Schlimmsten zu bewahren, selbstverständlich immer mit Wahrung eines bestimmten Lohnes in Streitfällen. Dadurch können wir dem Akkordsystem die schlimmste Spitze abbrechen. Daß man Akkordarbeit nicht festlegen konnte, ist unbegründet, denn die Unternehmer mühen Arbeiten von tiefen Dimensionen vorherberechnen lassen, freilich durch geschulte Leute. Nun, eine Schlußung in einzelnen Arbeitsfällen jedoch was nicht. Was

halb sollten wir das nicht auch können, wir müssen ja heute auch schon berechnen. Ich will zugeben, daß mancher Arbeiter nicht im Stande ist, eine Arbeit vorher zu berechnen, aber das gilt doch nicht für alle Kollegen.

K. K. schreibt, ein anständiger Tagelohn ist besser, als ein guter Akkordlohn. Wandaer mag dabei gedacht haben, ein auskömmlicher Monatsgehalt ist schließlich noch besser. Manche unserer Kollegen, und das sind wohl sehr viele, wollen Geld verdienen, je mehr, je lieber; der Lohn steht aber fest, da geht's nicht höher. Im Akkord verdienen sie mehr, deshalb halten sie es mit dem Akkord und wir können so viel dagegen predigen als wir wollen, es nützt uns nichts. Kollege D. E. meint, daß die Technik nicht den Akkord bedingt. Direkt nicht, sie schafft nur immer bessere Maschinen und Methoden zur Theilung der Arbeit, die dann den guten Boden für die Akkordarbeit liefern.

Ich habe meinen Artikel nicht dazu geschrieben, dem Akkord ein Loblied zu singen, sondern dazu, dem Akkordsystem Wege zu weisen, bei denen der Arbeiter fühlt, daß er noch Mensch und nicht Laithier ist. Der Meinung, daß unsere erste Pflicht ist, eine gute Organisation zu schaffen, bin ich auch, genau wie Kollege K. K., die zweite aber ist, mit Hilfe der ersten kurze Arbeitszeit zu schaffen. Und dann müssen wir suchen, das Beste aus unseren Verhältnissen herauszuholen, bis die Arbeiterchaft vielleicht einmal bestimmt: Das wollen wir! Ich denke aber, vorher können wir dem Akkordsystem durch Tarife die Kraft zum Worden etwas dämpfen.

Formerkonferenz von Rheinland und Westfalen.

Am 11. Mai tagte im Gewerkschaftshaus Barmen die Konferenz der Formner von Rheinland und Westfalen. Kol. Uhrmacher eröffnete dieselbe um halb 12 Uhr und begrüßte die erschienenen Delegirten im Namen der Sechserkommission.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten erstattete Kol. Kluge den Thätigkeitsbericht der Sechser-Kommission. Er erklärte, daß er den statutarischen Weg zur Einberufung der Konferenz beschritten hätte, aber an den Gauleiter Gen. Spiegel wäre vom Hauptvorstand ein ablehnender Bericht gekommen, und so wäre es Aufgabe der Kommission gewesen, zur Einberufung der Konferenz einen Entschluß zu fassen. Kol. Kluge hat um Angabe der Gründe, welche den Hauptvorstand veranlassen, die Konferenz abzulehnen, ersucht und erhielt eine Mittheilung, welche er der Konferenz vorlegte.

Es entspann sich darüber eine lebhaftige Diskussion. Mehrere Redner wandten sich gegen die ablehnende Haltung des Hauptvorstandes und dessen Brief und betonten dabei, daß der Hauptvorstand von der Formnerbewegung in unseren Industriezentren keine blasse Meinung habe; das beweise der Brief, welcher an Kluge gerichtet sei. Scharf zu Gericht ging man mit unserem Organ, der Metallarbeiter-Zeitung. Bezüglich der Abmachungen der Dresdener Revision, um zur Vertretung besonderer Berufsinteressen dementsprechend einen Raum zur Verfügung zu stellen unter Uebernahme des Titels „Glück auf“, stellt die Konferenz fest, daß es nur Ironie sei, wenn man nur den Vermerk „Glück auf“ am Kopfe der Metallarbeiter-Zeitung lese; überhaupt ständen die Abmachungen der Uebertrittsbestimmungen nur auf dem Papier. Es sei heute so weit gekommen, daß man, gerade was man meiden wollte, heraufbeschworen habe. Wo am meisten Mißstände vorhanden seien, wo es noch thäte, Zugung zu verhüten und dergl., blieben den Kollegen unbekannt, daher sei es nothwendig, Versammlung und Situationsberichte bekannt zu geben, damit die Kollegen wissen, wie sie ihren Weg einschlagen können. (Was uns diesbezüglich eingekandt wurde, fand jenes Ausnahme. D. Red.)

Nach dieser Debatte erfolgte der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Sämmtliche Mandate wurden anerkannt. Vertreten waren 18 Orte durch 29 Delegirte. Der Gauleiter, Kollege Spiegel, war durch einen anderen Kollegen vertreten. Die Konferenz wurde bis halb 3 Uhr vertagt.

Nach Eröffnung der Nachmittags-Sitzung ging man zu dem Punkt: „Die Stellungnahme der rheinisch-westfälischen Formner gegenüber dem Vertrauensmann nach dem Anschluß an den Deutschen Metallarbeiter-Verband“ über.

Kol. Kluge nimmt hierzu das Wort. Er entwirft ein Bild vom Zentral-Verein und dessen Uebertritt in den Metallarbeiter-Verband. Man könne deutlich fühlen, daß wir zu klagen berechtigt seien; blide man hin nach allen Gauen Deutschlands, überall Unzufriedenheit, und besonders sei es unser Organ, worüber Alle klagen. Er selbst wies nach, daß für eine Annonce, welche zur Konferenz galt, das Geld dafür mit eingeschickt wurde, aber anstatt dieselbe so aufzunehmen, derselben ein anderer Platz gegeben wurde, welcher weniger auffiel. Dann die Ablehnung der Konferenz ohne stichhaltige Gründe, die Nichtberücksichtigung unseres Vertrauensmannes, das seien Argumente, die an dieser Stelle einer herben Kritik unterzogen werden müssen. Kol. Kluge kommt auf die Bewerbung des Kollegen Sandler als Gauleiter zu sprechen, der die beste Arbeit im Praktischen wie im Theoretischen geliefert hat, und führt aus, deutlicher käme eine Maßregelung nicht zum Austrag, wie diese. Er weist nach, daß Kollegen, welche „lieb Kind“ beim Hauptvorstand sind, zum Geschäftsführerposten verschoben wurde, was aber bei Kollegen Sandler, welcher erfindungslos dastehet, nicht möglich ist. Einen Skandallgang unternehmen wir nicht, daher müsse für den Kollegen Sandler heute etwas Bestimmtes gebaut werden, man könne ihn nicht mehr in Ungewißheit lassen. Er schlägt vor, die vor-handenen Fonds und Gelder Sandler zur Gründung einer Konferenz zu übergeben. Man könne einen Kollegen, welcher Jahre lang für die Interessen der Formner Rheinland-Westfalens thätig und stets auf dem Posten war, so mit nichts dir nichts nicht auf die Straße jeben; das wäre eine Zumuthung, die wir ganz entschieden zurückweisen müssen. Wir müssen an das Solidaritäts- und Gerechtigkeitsgefühl der Kollegen appelliren, für die Zukunft Sandler's Sorge zu tragen. Redner beleuchtete die falschen Gerichte gegen Sandler und geht des Näheren darauf ein, wie erfahrungsgemäß solche Leute, welche im öffentlichen Leben ständen,

durch Listigkeit schlechter Burtschen leicht verdächtigt und in ähnlichen Ruf gesetzt werden können.

Sendler berichtet die Unterstufungsfrage unange- nommen und wäre eine diesbezügliche Diskussion für seine Person überflüssig; so bald er Stellung bekäme, würde er zugreifen; er weist auf die Opposition hin, so bald er sich um eine Stelle bewerbe, fänden sich auch seine Quertreiber ein, was ihn fast zur Verzweiflung bringen könnte. Redner kommt dann auf die in Umlauf gesetzten Gerüchte zu sprechen und erklärt, daß er eine Untersuchung gegen die Personen einleiten habe lassen, und weist nach, wie diese Gerüchte entstanden.

Gräfenholtz = Wilske und Kutschat = Duisburg bekunden, daß böswilliger und gehässiger Weise die Gerüchte verbreitet werden und gehen näher darauf ein.

Im Weiteren beklagten sich Delegierte über die syste- matisch betriebenen Hintertreibungen in Sachen der Sek- tionsbildung von Seiten der Metallarbeiter. Nirgends sei es schlimmer geschehen als in Barmen-Elberfeld, wo mit allen unehelichen Mitteln aus Werk gegangen worden sei, was theilweise der Vertreter Spiegels zugegeben hat.

Seuten = Elberfeld stellt fest, daß die Hintertreibung der Sektionsbildung seitens der hiesigen Verwaltung eine elende Machination sei und will die Beweisführung an- zutreten.

Sodann entspinnt sich eine lebhafte Debatte für und gegen den 5 Pfg.-Beitrag zum Agitationsfond. Schaate verliest mehrere Anträge über diese Angelegenheit, nachdem der Kassierer über die Kassenerhältnisse Bericht erstattet hatte.

Jung = Duisburg ist für Vergrößerung des Fonds und für Beibehaltung der 5 Pfg.-Beiträge. Unser Fach sei so kompliziert, daß uns nur ein Formner unsere Berufs- interessen vertreten kann. (Bravo! erkundete im ganzen Saal.) Die Kraft Sendlers dürfe diesfalls nicht ver- drängt werden, die Unternehmer hätten vor ihm Respekt, und er plaudere, ihn als Vertrauensmann beizubehalten. Sektionen müßten überall gebildet werden, um unsere ver- lorenen gegangene Fühlung untereinander wieder zu er- ringen. Redner spricht dann gegen die Verleumdungen Sendlers und wünscht, daß öffentlich dagegen vorgegangen wird.

Bei der Beratung: „Stellungnahme zu der weiteren Agitation und Bewegung der Formner Rheinland-West- falens“ spricht sich Koll. Sendler dahin aus, daß man vor allen Dingen festzuhalten habe daran, die Kräfte der Formner zu einem einheitlichen Ganzen zusammen zu schließen. Deshalb sei auch der Weg nach der Verschmelz- ung mit dem D. M. V. vorgeschrieben, obwohl Geschehenes so leicht nicht vergessen werden könne. Der Vorstand resp. der Metallarbeiter-Verband mit seinen Leitern komme für das spätere Urtheil um so eher zu seinem Recht, als die Basis des Metallarbeiter-Verbandes die Auffassung aller organisationsfähigen Elemente erfordere und vielleicht die meisten der Formner dieselbe Theorie und Praxis geübt hätten, wenn sie an derselben Stelle gewesen wären. Seine jetzige Stellungnahme beruhe vor allen Dingen in den Fehlern, die seitens der Leitung des Formner-Verbandes gemacht worden seien; dazu habe er nicht das Recht, sondern die Pflicht gehabt. Jetzt gäbe es aber vor allen Dingen kein Zurück mehr, sondern nur ein Vorwärts innerhalb des Rahmens, der die Kräfte der Formner eint und zusammen- bindet. Der richtige Weg sei um so schwerer zu finden, als das, was anderwärts für selbstverständlich gehalten und erachtet wird, in Rheinland und Westfalen nicht zureichen soll. Die Nichtdurchführbarkeit von Extra-Beiträgen zu den der Organisation dienenden Zwecken sei von vornherein festgestellt, wenn der Vorstand des Metallarbeiter-Verbands sich nicht so entgegenkommend zeige, als an anderen Orten, außerhalb unseres engeren Gebietes. Bei der Beibehaltung dieser Beiträge laufe man dann Gefahr, anstatt der ge- wollten besseren Zusammenfassung der Kräfte nur die Zer- splitterung zu beschleunigen. Die Möglichkeit, den vorhan- denen Fonds zu vergrößern und zu erhalten, erblicke er auch in freiwilligen Beiträgen, die Nothwendigkeit dieser wieder darin, weil das heutige System der Fühlung unter den Formnern nicht Genüge leiste. In Bezug auf seine Per- son erklärt Sendler, daß, wenn er nicht besser über den Zweck der Organisation denken würde, er schließlich von derselben hätte denken müssen, wie von jedem beliebigen Arbeitgeber, der, nachdem die Leute abgebraucht, dieselben einfach entläßt oder Mißliebige maßregelt. Sein Fortkom- men sei ihm fast systematisch erspäuert, sogar durch die besten und ersten agitatorischen Kräfte des Verbandes selbst. Namentlich von Barmen und Düsseldorf aus hätte man allerlei Behauptungen hinausgeschleudert und damit ihm den Boden für die Schaffung einer neuen Existenz unter- graben. Ebenso beruhe die Verbreitung der Nachricht durch den Gauleiter Spiegel, daß Sendler an der Düsseldorfer Arbeiterpresse angeheftet sei, auf Unwahrheit. Wie bisher, würde er versuchen, sein Fortkommen zu finden; nichtsdeut- weniger aber hoffe er, daß auch ihm gegenüber Recht und Wahrheit obwalten möge. Sei dies der Fall, dann würde sich auch leicht der Weg finden lassen, der das gemeinschaft- liche Interesse der Formner und Metallarbeiter sicher stellt.

Schaf = Solingen meint, es sei nöthig, daß wir uns in Sachen Sendler klar werden. Es ist notwendig, die Formner Rheinland-Westfalens enger zu verbinden, um unsere Organisation hoch zu halten.

Herrmann = Barmen: Der Tag sei heute dazu an- gethan, um Positives zu schaffen; er spricht gegen das Ver- halten der hiesigen Ortsverwaltung und schließt sich in Sachen Sendlers dem Koll. Kluge an.

Folgende Anträge wurden fast einstimmig angenommen: 1) Da verschiedene Gerüchte von Seiten der Rheinisch- Westfälischen agitatorischen Kräfte der Metallarbeiter zir- kulieren, welche der Einstellung Sendlers hindernd in den Weg fallen, so erklärt die heutige Konferenz der Formner die verbreiteten Gerüchte als eine grobe Unwahrheit. Die De- legierten erblicken darin eine Schädigung in Sendlers spä- terem Fortkommen. Auch wurde eine Erklärung seitens des Düsseldorf Delegierten abgegeben, daß Sendler bis dato noch nicht an der Düsseldorfer Arbeiterpresse ange- heftet sei und sich dieses Gerücht als eine Unwahrheit heraus- gestellt habe.

2) Die am 11. Mai 1902 stattgefundene Konferenz legt offene Verwahrung dagegen ein, daß seitens der For-

mer von Rheinland und Westfalen der Gedanke gehegt worden ist, Sonderbestrebungen zu verfolgen und berur- theilt diejenigen Personen aufs Entschiedenste, welche dem Hauptvorstande derartige Gerüchte unterbreitet haben. In weiterer Erwägung erwarten die Formner von Rheinland und Westfalen vom Hauptvorstand, daß ihnen in ihren weiteren Agitationen die vollste Unterstützung zugesichert wird, um die durch den Uebertritt und die unglückliche Kon- junktur zurückgetretenen Kollegen wieder der Organisation zuzuführen. Die Sektionen der Formner Rheinland-West- falens verlangen einen Extra-Beitrag von 5 Pfg. pro Woche obligatorisch zu erheben. In den allgemeinen Ver- waltungsstellen dafür zu sorgen, daß das 5 Pfg.-Marken- System durchgeführt wird; ferner ist mit aller Kraft und Energie einzusetzen, bis überall Sektionen gebildet sind.

3) Die am 11. Mai tagende Konferenz der Formner von Rheinland und Westfalen erkennt den Kollegen Sendler auch ferner als Vertrauensmann der Formner an. Zur Unterstützung desselben beschließt die Konferenz die Beibe- haltung der 5 Pfg.-Marken bis auf Weiteres.

Sendler erklärt, daß es ihn unter den jetzigen Ver- hältnissen und Mißstimmungen peinlich berühre, als Ver- trauensmann zu fungiren, besonders wo er heute so viel Anklagen gehört habe. Da er aber sehe, daß eine Reihe neuer Kollegen, welche er noch auf keiner Konferenz gesehen habe, das Interesse hergeriechen habe, so wolle er nach Kräften sein Möglichstes thun.

Es wurde die Sechser-Kommission entlastet und aufge- hoben. Es tritt an deren Stelle das Agitationskomitee wie- der in Thätigkeit. Koll. Sendler ist Vermittler der Korre- spondenzen.

Mit einem dreimaligen Hoch auf die allgemeine Formner- und Metallarbeiterbewegung schloß der Vorsitzende gegen 8 Uhr die Konferenz.

Numerkung des Vorstandes:

1. Die von Kluge-Düsseldorf im Auftrage der Kom- mission beantragte Einberufung einer Formnerkonferenz für Rheinland und Westfalen wurde vom Vorstande deshalb abgelehnt, weil die Nothwendigkeit derselben nicht vor- handen war. Sollte doch auf dieser Konferenz unter Punkt 1 der Tagesordnung Bericht über den Uebertritt der Formner erlautet und die Ursachen festgestellt werden, warum ein Theil der Formner den Uebertritt nicht voll- zogen habe. Diese Ursachen sind allen thätigen Verbands- kollegen bekannt; nur Kluge, Sendler und Genossen wollen davon nichts wissen. Nur die leidige Sendlerfrage und die sich um diesen Mittelpunkt drehende Diskussion und der aus ihr entspringende Streit unter den Formnern ist, wenn die Organisation der Formner in Rheinland noch ge- litten haben sollte. Dies festzustellen und die Bahn für die Agitation unter den Formnern frei zu machen, bedürfte es wahrlich keiner besonderen Konferenz. Dies galt auch für den vorgesehene Punkt 2 der Tagesordnung beir. die weitere Agitation unter den Formnern. Denn hierzu weiß jedes einigermaßen thätige Verbandsmitglied, wie die Frage der Agitation im Verband im Allgemeinen und für den Bezirk Rheinland und Westfalen im Besonderen geregelt ist. Die agitatorisch thätigen Kollegen der Formnerbranche brauchen nur dem zuständigen Gauleiter ihre Mit- wirkung bei der Agitation zuzusagen und die ganze Frage der Agitation war einfach und ohne jede Konferenz gelöst. Nicht in der Einsetzung einer Unmasse Kommissionen, son- dern in der zweckentsprechenden Anordnung und Vertheil- ung der Kräfte besteht das Geheimniß erfolgreicher Agi- tation. Die Konferenz konnte daher unter Punkt 1 und 2 keinerlei positive Arbeit verrichten. Jeder aufmerksame Leser des vorliegenden Konferenzberichtes wird gefunden haben, daß die Konferenz selbst den Beweis der ihr vor- ausgelegten Zwecklosigkeit erbracht hat.

Noch ein anderer Punkt war, der den Vorstand zu seiner ablehnenden Haltung veranlaßte. Es sollte auf der Konferenz die Frage der Extrabeiträge der Formner Rhein- lands geregelt werden. Da der allergrößte Theil der For- mer den allgemeinen Verwaltungsstellen angehört, also nicht in besonderen Sektionen organisiert ist und fernerhin über Extrabeiträge nur in den Mitgliederversammlungen beschlossen werden kann, so mußte die Konferenz auch in diesem Punkte unfruchtbar bleiben. Sie war somit auch nach dieser Richtung überflüssig. Sie ist zu Unrecht ein- berufen worden und können daher ihre Beschlüsse keine Gültigkeit haben. Diejenigen Redner der Konferenz, die über den Vorstand behaupten, daß er „keine blasse Ahnung“ von der Formnerbewegung im Rheinland habe und „nicht fähig sei“ über die Situation zu urtheilen, mögen ihre Nase erst einmal in das Statut des Verbandes stecken und praktisch mitarbeiten, ehe sie sich ein solches Urtheil an- maßten. Zeigen doch die meisten Redner, daß sie sich über unseren Verband völlig im Unklaren befinden und noch viel lernen müssen; durch die fortwährende Beschäftigung mit der Sendlerfrage haben sie die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen vernachlässigt.

2. Die Unzufriedenheit, von der Kluge berichtet, ist lediglich das Werk Sendlers und Genossen. Dieselben haben bis zum letzten Augenblick gegen den Uebertritt Stimmung gemacht und die Mitglieder des Zentralvereins gegen ihren Vorstand aufgehetzt. Die berüchtete Unzu- friedenheit ist daher nur das Ergebnis ihrer eigenen demagogischen Agitation. So soll beispielsweise Sendler deshalb nicht zum Gauleiter gewählt worden sein, weil er sich nicht „lieb kind“ beim Vorstand gemacht habe. Vollständig gefehlt; der Grund ist ein anderer. Wer so wie Sendler gegen den Uebertritt der Formner gewürhet hat, so wenig laueren Charakter dabei an den Tag legte, so einseitig nur über Kommuni aus dem Formnergewerbe verfügte und von der übrigen Metallarbeiterbewegung keine blasse Ahnung hat, der kann unmöglich zu einer leitenden Stellung, wie die eines Gauleiters, berufen werden. Wenn der Vorstand auf Anfrage der betr. Verwaltungsstellen andere Kollegen (gemeint ist Gotthusen, der zum Geschäftsführer für Kiel gewählt wurde) empfahlen hat, so ist dies kein gutes Recht. Gotthusen hat eben alle die Vorzüge, die Sendler abgehen. Ueber Sendler ist weder eine An- frage eingegangen, noch Auskunft vom Vorstand ertheilt

worden. Wenn er sich also irgendwo um einen solchen Posten beworben hat und dabei durchgefallen ist, so ist der Vorstand daran nicht schuld. Das Geselwäh von einer Maßregelung Sendlers ist damit hinfällig.

3. Zu den Bemerkungen einiger Delegierten, betr. die angeblich „systematische Hintertreibung der Sektions- bildung“ erwidern wir, daß unsererseits die Dresdener Resolution lokal eingehalten wurde. Wir haben überall da, wo sich die Formner mit Mehrheit für eine Sektion ent- schieden, anstandslos zugestimmt. In Barmen-Elberfeld lag die Sache so, daß die Sektionsbildung abgelehnt und hiergegen seitens einzelner Formner Beschwerde beim Vor- stand eingereicht wurde. Waren im Anfang nur 22 für und 26 Formner gegen eine Sektion, so änderte sich das Bild durch Unterschriftenammlung derart, daß fast alle organisierten Formner sich gegen eine Sektion aussprachen. Die Beschwerde wurde daraufhin vom Vorstand als un- begründet verworfen, worauf bis heute keinerlei weitere Schritte unternommen worden sind.

Bemerkt sei dabei, daß die auf der Konferenz ange- nommene diesbezügliche Resolution auf keinen Fall die Mitglieder des Formnergewerbes verpflichtet, nunmehr überall Sektionen zu gründen. Wie alle Beschlüsse der Konferenz, besteht auch diese nicht zu Recht und warnen wir die Kollegen der Formnerbranche, den Beschlüssen irgendwie Folge zu leisten. Die Konferenz hat sich außer- halb des Rahmens des Statuts gestellt. Es ist eingetrof- fen, was von ihr vorausgesetzt wurde, daß sie die leidige Sendlerfrage wieder aufzuheben werde und so die wahren Interessen der Formner schädige. Der Weg für die Agi- tation ist durch die Beschlüsse der letzten Generalversamm- lung vorgezeichnet. Wer es ernst und ehrlich meint mit den Formnern, und ihre Interessen wirklich vertreten will, der unterlasse die Ausführung der Konferenzbeschlüsse und schließe sich den gegebenen Einrichtungen an.

Rundschau.

Ein Zirkular, das von der Leistungsfähigkeit unserer Verbandsdruckerei glänzendes Zeugniß ablegt, versendet die Buchdruckerei und Verlagsanstalt Metz- Schlick u. Co. in Stuttgart. Hervorgehoben wird, daß auf Druckaufträge besonders aus den Orten gerechnet wird, „an denen sich von den Arbeitern gegrün- dete und von ihnen unterhaltene Buchdruckereien nicht be- finden.“ Diese Mahnung wird umso weniger bergebens sein, weil die Verbandsdruckerei die weitgehendsten ge- werkschaftlichen Forderungen dem Druckerpersonal gegen- über erfüllt.

Als ein ungetreuer Verbandsbeamter erwies sich der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes, H. Reiß- wenger, der unter Mitnahme von circa 30,000 Mk. Verbandsgeldern seit dem 3. Pfingstfeiertage aus Berlin verschwunden ist.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

Der Gewerkverein der Maschinenbau- und Metall- arbeiter (H.-V.) hat auf seiner Generalversammlung, die nach Pfingsten in Berlin stattfand, den bekannten Rebers aufgehoben. Die „Hilfe“, deren Berichterstatter das Ver- weisungsamt anzuwohnen, äußert sich also: „Eine Schar- würdigkeit ist zweifellos der 12. Delegirten der Hirsch-Dunderschen Maschinenbau- und Metallarbeiter gewesen, der die ganze Pfingstwoche hindurch hier in Berlin tagte. Um so auffälliger war es, daß zwei oder drei Nationalsozialisten wochentags fast die einzigen Zuhörer waren. Schade, daß infolgedessen das rüd- sichtslos aufzutreten des Hauptführers Rauch, des alten Generalsekretärs, die Gebuld der 24 Delegierten, die Ver- münftigkeit und Klarheit der Opposition, die allgemeine Mißstimmung gegen den ständig anwesenden Verbands- anwalt Dr. Max Hirsch und so manche andere interessante Beobachtung viel zu wenig beachtet worden sind. Auch die Presse, die doch sonst für bedeutendere Arbeiter tagungen in Berlin schon etwas Verständnis zeigt, war, soweit wir feststellen konnten, überhaupt nicht vertreten. Nur einige freiständige Blätter druckten den mageren, dürftigen Bericht ab, den die offiziellen Schriftführer des Delegirtenages verfaßten. Und doch war diese Generalversammlung be- deutend für die ganze Entwicklung der Gewerkschaften Hirsch-Dunderscher Art: denn endlich ist in dieser thätigen Berufsorganisation der viel umitrierte Rebers gefallen und statt seiner eine einfache Erklärung gesetzt worden, daß der neu Eintretende sich den Statuten und Beschlüssen des Delegirtenages unterwerft. Der alte Max Hirsch bot noch Geipen in schredensvoller Gestalt an die Wand zu malen und die Delegierten vor der Preisgabe der „fundamentalen Grundzüge“ zu warnen. Man konnte Mitleid mit dem alten Herrn haben, so eifrig nahm er sich der verlorenen Sache an. Mit 22 gegen 8 Stimmen jagte die Jugend über das Alter, die Entwicklung über die Verfeinerung. Gleichsam zum Trost brachten dann die Rebersgegner noch eine Resolution ein, wonach sie unverändert an den Grund- sätzen der freien Privatwirtschaft und der gewerkschaft- lichen Selbsthilfe festhalten wollen. In demselben Augen- blick betonten sie aber, daß auch die heiligsten Grundzüge jederzeit abänderungsfähig sein müßten, wenn veränderte Zeitumstände Kritik und Reform verlangten. Ueberhaupt hat die reformerische Richtung auf diesem Delegirtenage über die Bureaokratie des Berliner Beamten thums und über die greisenhafte Aengstlichkeit der Güter alter, „funda- mentaler Grundzüge“ wiederholt Triumph gefeiert. Daß die von Berlin aus dekretirte Auflösung des Ortsvereins Oberbiff rückgängig gemacht, die abgesetzten Beamten und dabei das Verhalten der Berliner Oberleitung als statut- widrig gekennzeichnet wurde, war ein Haupttreffer der Opposition. Wenn nicht die alten Herren sämtlich wie- der gewählt wären, könnte man hoffen, daß jetzt eine bessere Zeit für den einflussreichsten Verein der Hirsch-Dunderschen Organisation anbrechen würde. Wie die Dinge aber ein- mal liegen, wird so ziemlich alles beim alten bleiben und

Herr Mauch auch fernerhin im Unteroffiziersposten seine „Pallagen“ anfahren. Vielleicht wird sogar durch die erfolgte Wahl des intelligentesten Oppositionsführers Gleichauf-Manheim zum Berliner Sekretariatsbeamten die gesunde Opposition sehr empfindlich geschwächt — trotz aller unbefriedigenden Erfolge, die sie in der Pfingstwoche erlangen hat.

Die Oppositionellen in Rheinland haben jedoch in ihren Bestrebungen, einen modernen Geist in diese Organisation zu bringen, nicht nachgelassen. „Der Gewerkschaftsbote“ erscheint wie bisher weiter, und recht schicklich muß es den „Berliner alten Herren“ werden, falls sie schon Kenntnis davon haben, daß der neugegründete „Niederholländische-Laufhüter-Ausbreitungsverband“ der Gewerkschaften, ab Juli d. J. ebenfalls ein eigenes Organ herausgibt, das die Gründer „Gewerkschafts-Reformer“ benennen.

Letzte Nachrichten.

Schweiz. In der Neumühle Zürich (Maschinenfabrik Escher, Wyss & Cie.) ist am 4. Juni ein Streik ausgebrochen. Beteiligt sind sämtliche Arbeiter und Meister, sowie ein großer Teil des Bureaupersonals, zusammen über 1200 Mann. Verlangt wird die Entlassung des Werkstättenchefs Wolfensberger, sowie die Beseitigung des von demselben eingeführten amerikanischen Arbeitssystems. Bezug von Arbeitern ist strenge fernzuhalten.

Berichtigung.

Der auf Antrag der Einzelmitglieder in Döbeln ausgeschlossene Kollege heißt nicht, wie in Nummer 23 angegeben, Georgin, sondern Richard Georgie, B.-Nr. 426,982, geb. 14. April 1883 in Altenburg.

Briefkasten.

Singen. Jedenfalls waren die benannten zwei Anzeigen nicht bis Dienstag früh 10 Uhr in unseren Händen. Was an Anzeigen bis zu dem genannten Zeitpunkt eingeht, wird in der betr. Nr. auch noch veröffentlicht.

Ratingen, Heidenau, Oelsnik, Südenscheid, Halle a. S., Schönebeck, Pegnitz, Görlitz, Oeynhausen. In nächster Nummer.

S., Karlsruhe. Sobald wir genügend Raum haben, vielleicht in nächster Nr.

R., Stettin. In dieser Nr. unmöglich.

Röln. Es genügt wohl, daß der Artikel in der Rheinischen Zeitung stand.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

Alfeld a. L. Samstag, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, bei Herrmann.

Altenburg. Sonnabend, 14. Juni, Abends halb 9 Uhr, im „Eiboli“.

Ashersleben. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, in Schräbers Lokal vor dem Wasserthor.

Baden-Baden. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Brattwurfgäßle, Steinstraße.

Barmen. Samstag, den 21. Juni, Abends punkt halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.

Berlin. Konferenzen der Vertrauensleute. Mittwoch, den 18. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus für den Süden; Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Fischer, Waldstraße 8, für Moabit; Donnerstag, den 26. Juni, Abends halb 9 Uhr, für Mechau; Freitag, den 27. Juni, im Gewerkschaftshaus; Donnerstag, den 26. Juni, Abends halb 9 Uhr, für Schlosser im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15.

Bernburg. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, Steinstraße 2-4.

Bielefeld. Sonntag, den 15. Juni, Vormittags 10 Uhr, kombinierte Versammlung bei A. Indiestel, Bürgerweg 14.

Bielefeld. (Schleifer.) Freitag, den 20. Juni, Abends 7 Uhr, in der „Centralhalle“.

Bielefeld. (Klempner.) Samstag, den 21. Juni, Abends 7 Uhr, bei A. Indiestel, Bürgerweg 14.

Bonn. Samstag, den 14. Juni, Abends 9 Uhr, bei Fäßler, Kästnerstraße.

Braunschweig. (Allg.) Sonnabend, den 14. Juni, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wecker 32.

Bremen. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Sandstraße 21/22.

Bunzlau. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den drei Kronen.

Crimmitschau. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, in Ahnerts Restaurant, Johannisstraße.

Darmstadt. Samstag, 21. Juni, Abends punkt 9 Uhr, in der Restauration Fischer, Dieburgerstr. 18.

Dortmund. (Klempner.) Samstag, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, bei Mühlhansen, I. Kampstr. 73.

Durlach. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, in Alten Fritz.

Elbing in Meißel. (Formel.) Sonntag, den 22. Juni, Vormittags halb 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Fahndorf. (Allgem.) Samstag, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

Essen-Altenhof. Samstag, 21. Juni, Abends 8 Uhr, bei Hartmann in Altenhof, Ecke Judien- und Bruchstraße.

Ettlingen. Samstag, den 21. Juni, im Kreuz.

Frauenbach. Samstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Frankfurt a. M.-Böckenhain. Samstag, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolze 13/15.

— Für den Bezirk Oberrad: Montag, den 23. Juni, Abends 9 Uhr, im „Lamas“, Offenbacherlandstraße 246.

Freiburg i. S. Samstag, den 14. Juni.

Freiburg i. S. Samstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, bei Schwante.

Freising. Sonntag, den 22. Juni.

Gebweiler. Samstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, bei Beck, Lachgasse.

Gera-Neuß. Sonnabend, den 14. Juni, bei Becker, Waldstraße. Kaffatag.

Gevelsberg. Samstag, den 21. Juni, Abends punkt halb 9 Uhr, bei H. Hakenberg.

Glogau. Samstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, in Weidners Restaurant, Schulstraße.

Götha. Jeden zweiten Sonnabend im Monat in der Erholung, Dammtweg.

Greiz. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, im „Scharfen Eck“.

Halberstadt. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, bei Max Bollmann, Bakenstraße 63.

Halle a. S. Sonnabend, den 14. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Kongerthaus, Karlstr. 14.

Hamburg. (Verstarbeiter.) Dienstag, den 24. Juni, Abends 7/9 Uhr, in der Concordia, St. Pauli.

Hannover-Linden. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Chr. Fiene, Mademacherstr. 1.

Harburg. (Klempner.) Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei H. Koppe, Langestr. 25.

Heidelberg. (Spengler.) Samstag, den 21. Juni, in Schiffswirths Bierkeller, Anlage.

Heilbronn. Samstag, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der „Rose“.

Höchst a. M. Samstag, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, in der Sonne.

Karlsruhe. Samstag, den 14. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Goldenen Adler, Karlsfriedrichstr. 12. Einführung eines Lokalbeitrags.

Kassel. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Stadtbau, Fuldastraße. — Jeden Sonnabend Zahlabend bei Witterof, Schägergasse 32.

Kattowit. Jeden Sonntag von 10—12 Uhr bei Restaurateur Droschmann, Mühlstraße 9.

Köln a. Rh. Samstag, den 21. Juni, Abends 9 Uhr, bei Hompeich, Kämmergasse 18.

Lehrhausen. Samstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im Frühlingsgarten.

Liegnitz. Sonnabend, den 21. Juni, im Gasthof zum Preußischen Hof.

Ludwigshafen. Samstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Wirtelsbacher Hof, Ecke Jäger- und Marktstr.

Mainz. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Rothermund, Pfaffengasse.

Merseburg a. S. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der „Funkenburg“.

Müglitz. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, Zahlabend im Restaurant „Schweizergarten“.

Mühlhausen i. Elz. Montag, den 23. Juni, Abends 8 Uhr, bei Schill, Schmiedstraße 3.

Mülheim a. d. Ruhr. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Karl Scholl, Froschenteich.

Niedersiedlitz. Montag, den 16. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Lehmanns Restaurant, Groß-Fischdamm.

Nürnberg. (Kunst- und Bauhofsler.) Samstag, den 21. Juni, im goldenen Wörler, Dörschmannsplatz.

Oldenburg. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei E. Wehrkamp, Kurwischstraße.

Oppeln. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat im Reichsadler, Zwingerstraße.

Pforzheim. Samstag, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im Deutschen Haus.

Pöhlau. Sonnabend, den 21. Juni, bei Schreiber, Seidenstraße.

Rostock. Mittwoch, den 18. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der „Warnowhalle“.

Schnigling-Doos. Sonntag, den 22. Juni, Früh 10 Uhr, bei W. Vogel, Schnigling. Vortrag. Neuwahl der Verwaltung.

Schr.-Gmünd. Samstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokal zur „Kame“.

Singen. Samstag, den 14. Juni, Abends 8 Uhr, in der „Germania“.

Stettin. (3. Bezirk.) Sonnabend, den 14. Juni, findet keine Versammlung statt.

Stragburg i. E. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weisthurnstraße 1.

Stralsund. Sonnabend, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Arbeiter-Klub, Semlowstr. 19.

Stuttgart. Samstag, den 21. Juni, im Gewerkschaftshaus zum Gold. Bären, Eßlingerstr. 17/19.

Suhl. Sonnabend, 21. Juni, in der Dombergs-Ansicht.

Süding. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, bei Bumb.

Süßingen. Samstag, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im „Schlöpfe“.

Telbert. Samstag, 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Herrn Heint. Oting, Poststr. 53.

Teischan. Sonnabend, den 21. Juni, Abends 8 Uhr, im Schützenhaus.

Wittaberger. Jeden zweiten Sonnabend im Monat bei Fischer, Karlsplatz 7.

Witten. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Bürgergarten.

Zuffenhausen. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum Kirchthal, Rosenstr. 46.

Altona. Um die Adresse des Formers August Schuhmacher bittet Frau Schuhmacher Altonaer Armenhaus b. Esdorf.

Berlin. Sonnabend, 21. Juni, Sommerfest, bestehend in Concert, Theater und Tanz im Bernhard-Rose-Theater (früher Zimmermann), Badstraße 58, veranstaltet von den Vertrauensleuten des Nordens. Billet 20 Pfg. Anfang 4 Uhr Nachmittags.

Breslau. Der Arbeitsnachweis der Klempner befindet sich im Verbands-Bureau, Neue Oberstr. 13a, pt. Die Arbeitsvermittlung erfolgt münzgelöst. Umschauern streng verboten.

Breslau. (Klempner.) Sonnabend, den 21. Juni, Sommerfest in Speidrichs Ballsalon, Schweizerstraße.

Dresden. Das Verbandsbureau befindet sich im Dresdener Volkshaus, Ribbenbergerstr. 2/1, Zimmer 4 und 5, nächster Nähe des Wettiner Bahnhof. Geöffnet von 11 bis halb 2 Uhr Vormittags und von 5—7 Uhr Abends, Sonnabend 4—8 Uhr Abends, Sonntag halb 9 bis 9 Uhr früh.

Quisburg. Sonntag, den 22. Juni, Nachmittags 1 Uhr, Ausflug. Abmarsch vom Hof von Holland.

Quisburg. Reiseunterstützung bei Arthur Marks, 4 bis 6 Uhr, Arbeitslosen-Unterstützung und Ortsgefesent 12 bis 1 Uhr Mittags und 7—8 Uhr Abends.

Quisburg. Kassierer: Paul Mitschke, Gr. Rosenstraße 28.

Hirschberg. Sonntag, den 22. Juni, Ausflug nach dem Gebirge. Abgang des Zuges ab Bahnhof Hirschberg früh 6 Uhr 25 Min., Sammelplatz daselbst.

Karlsruhe. (Feilenhauer.) Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Franz Weber, Hildstr. Mittags von 12—1 Uhr. Abends von 7—8 Uhr. Umschauern streng verboten. Bei Nichtbeachtung wird die Unterstüttung entzogen.

Karlsruhe. Sonntag, den 15. Juni, Ausflug nach dem Bühlertal. Abfahrt Morgens 5 Uhr 22 Min. vom Hauptbahnhof. Die Kollegen werden ersucht, spätestens um 5 Uhr an der Bahn zu sein und Fahrgeld schon Samstags in der Versammlung zu zahlen.

Ludwigshafen. Lokalgefesent beim Bevollm. D. Dambacher, Ziegelgasse 8.

Ohligs. Ortsgefesent wird nicht berabfolgt.

Pirnasens. Lokalgefesent ist aufgehoben.

Waltershausen. Bevollm. und Kassier: Paul Albertus, Schlosser.

Verwaltungsstellen in Schlesien. Diese Woche sind Plakate, betr. den Arbeitsnachweis der Breslauer Klempner, an die Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen Schlesiens versandt worden. Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Plakate in den Verkehrslokalen zum Ushang zu bringen. Die Reisegeld-Auszahlung werden ersucht, durchreisende Klempner darauf aufmerksam zu machen.

Weißfels. Kassierer: Franz Kühn, Kleine Dorfstr. 20. Reisegeld Werttags von halb 7 bis halb 8 Uhr Abends, Sonntags von 12—2 Uhr Nachmittags.

Waltershausen. Bevollm. und Kassier: Paul Albertus, Schlosser.

Verwaltungsstellen in Schlesien. Diese Woche sind Plakate, betr. den Arbeitsnachweis der Breslauer Klempner, an die Bevollmächtigten der Verwaltungsstellen Schlesiens versandt worden. Die Bevollmächtigten werden ersucht, die Plakate in den Verkehrslokalen zum Ushang zu bringen. Die Reisegeld-Auszahlung werden ersucht, durchreisende Klempner darauf aufmerksam zu machen.

Weißfels. Kassierer: Franz Kühn, Kleine Dorfstr. 20. Reisegeld Werttags von halb 7 bis halb 8 Uhr Abends, Sonntags von 12—2 Uhr Nachmittags.

Oeffentliche Versammlungen.

GutsMuths-Burgheim. Sonntag, den 22. Juni, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale zum Dreikönigshof in Koftheim.

„Die heutige Klassenlage der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und ihre Verbesserung.“ Referent: Kollege Fritz Ehrler-Frankfurt a. M.

Cranzheim, Brannenburg, Rosenheim, Aibling, Ruffstein, Limbach, Außdorf u. Miesbach. Sonntag, den 6. Juli, Vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Sterngarten in Rosenheim.

Zwickau. Samstag, den 21. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Bevedere.

Gestorbene.

In Bielefeld der Former Adolf Lüsebrink, 37 Jahre alt, Geschwürcbildung im Gehirn. — In Landsbut Ferd. Orache, Schwindfucht. — In Chemnitz der Hobler G. Bruno Lüchner, 42 Jahre alt, durch Erschießen. — In Döbeln der Schlosser Otto Georgie, ertrunken beim Baden.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metall-Arbeiter (G. S. Nr. 29) Hamburg.

Sonntag, den 15. Juni, Vorm. halb 10 Uhr, bei Schumann, Neue Prinzalbertstraße 70-71. Bericht von der Generalversammlung. Kassenbericht für April und Mai. Bericht der Ortsverwaltung. Wahl der Ortsverwaltung und Revisoren.

Privat-Anzeigen.

Inserate werden nur gegen Vorausbezahlung angenommen. Der Preis für die dreispaltige Petitzelle beträgt 50 P.

Maschinenschlosser.

Zum baldigen Antritt suchen jüngeren Maschinenschlosser. Solche, welche mit Holzbearbeitung und Eisfabrikation vertraut sind, erhalten den Vorzug. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen u. F. T. M. 413 an die Expedition ds. Bl. [64]

Formerwerkzeuge 28 aus Stahl, Messing, Bronze und Holz liefert sauber u. billigst Max Pfüller, Formerwerkzeugfabrik Böhlen-Leipzig. Musterbuch und Preisliste gratis und franko.

Lohnenden Nebenverdienst erhalten Dreher, Schlosser, Mechaniker, Kesselschmiede, Former, sowie alle anderen Metallarbeiter. Näheres durch Aug. Loß, Siebichenstein-Halle a. S. [67]

Der Klempner Joh. Fieborn aus Nachen wird ersucht, dem Unterzeichneten wegen einer wichtigen Angelegenheit seine Adresse einzusenden. Porto w. vergütet. [60] J. Fischer, Düsseldorf, Graf Adolfsstraße 70, II.

Ersuche den Dreher Friedr. Bornschein aus Halle, seine Adresse anzugeben (zwecks Zustellung von Werkzeug). [66] Otto Pfeil, Cöthen, Ringstraße 112a.

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Vomred. f. Radf.) Ueber 2000 Reisetouren. 1 Eisenb.- u. 2 Strassenkarten. Geb. M. 1.50. 4. veränd. Auflage f. Bevölk.-Ziffern v. 1900. Durch J. Scherm, Nürnberg, Fürtherstr., u. alle Buchh.

Druck und Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) in Nürnberg.